



In Nachhaltigkeit investieren

Geldanlagen als Beitrag zur zukunftsfähigen Entwicklung

Divestment: Unter diesem Stichwort ist in den letzten Jahren eine internationale Bewegung entstanden, die sich mit einer besonderen Strategie für den Klima- und Umweltschutz einsetzt. Sie fordert Einzelpersonen und institutionelle Anleger dazu auf, Investitionen in Kohle, Öl und Gas zurückzuziehen. Ein großer Erfolg war

der Ausstieg des staatlichen norwegischen Pensionsfonds, einer der wichtigsten Investoren für die globale Kohleindustrie. Erfreulich ist auch das Beispiel der Stadt Münster, die 2015 als erste deutsche Kommune beschlossen hat, nicht mehr in den fossilen Energiesektor zu investieren (→ Seite 5).

Der Begriff des Divestments ist neu, die Strategie jedoch nicht. Bereits im 19. Jahrhundert verpflichteten sich in den USA Religionsgemeinschaften, etwa die Quäker und Methodisten, nicht in die Produktion von Waffen, Tabak und Alkohol zu investieren. Und Ende der 1960er-Jahre wurde der Ruf laut „Kein Geld für Rüstung

→ weiter auf Seite 3



Nachhaltige Geldanlagen

Münster: Kommunales Divestment → Seite 5
Entwicklung finanzieren → Seite 6
Riester-Rente auf dem Prüfstand → Seite 8

Klima, Umwelt, Natur

Neuer NRW-Umweltbericht → Seite 14
Aktuelle Klimapolitik → Seite 15
Konfliktpotenzial: Wölfe & Co. → Seite 16

Und sonst?

Globales Lernen postfaktisch → Seite 10
SDG-Kampagne „Weltbaustellen“ → Seite 12
Landesgartenschau 2017 → Seite 18

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Schwerpunktthema dieser Resultate – die Frage nach der Geldanlage – ist naturgemäß ein sehr wichtiges Thema, auch und gerade für Stiftungen. Die verwalten in Deutschland ein Kapital von rund 100 Milliarden Euro, sind als Anleger auf dem Kapitalmarkt sehr umworben und könnten mit ihrer Nachfragemacht sicher viel in Richtung nachhaltige Geldanlagen bewegen. Lange Zeit legte die Mehrzahl der Stiftungen ihr Kapital jedoch rein nach Anlagensicherheit und Rendite an. Die Maxime war, auf dem Kapitalmarkt möglichst hohe Erträge zu erwirtschaften, um damit den Stiftungszweck zu realisieren.

Doch auch im Stiftungssektor hat ein Umdenken eingesetzt. Nicht zuletzt die anhaltend schlechten Renditen auf den Kapitalmärkten sind für manche Stiftungen Anlass, stärker als bisher auf den nicht-monetären Ertrag der Anlage zu schauen. Unter dem Stichwort „impact investing“ – wirkungsorientiertes Investieren – werden Ansätze diskutiert und erprobt, wie Stiftungskapital so angelegt werden kann, dass auch die Anlage selbst positive gesellschaftliche Wirkung hat. Noch weitreichender ist das sogenannte „mission

investing“, also Vermögensanlagen, die unmittelbar dem Satzungszweck entsprechen – etwa wenn eine Stiftung, die sich mit dem Klimawandel befasst, in Windenergie- und Solaranlagen investiert.

Und wie legt die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen ihr Geld an? Anfang 2014 hat die Stiftung ihre Vermögensverwaltung neu ausgerichtet. Entscheidungen zur Geldanlage unterliegen – neben den Kriterien Sicherheit, Rendite und Liquidität – nun auch Kriterien nachhaltiger Geldanlage. Der überwiegende Teil des Stiftungskapitals ist inzwischen in Anlagen gebunden, die sich an hohen Nachhaltigkeitsstandards orientieren – unter anderem von oekom-research, einer der weltweit führenden Nachhaltigkeits-Ratingagenturen, und dem Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft e. V. an der Universität Hannover. Einen Teil unserer Gelder haben wir bei Oikocredit angelegt – unser Beitrag zu mission investing im Sinne von Umwelt und Entwicklung.

Abschließend möchte ich Sie auf einen Meinungsbeitrag in dieser Ausgabe hinweisen. Georg Krämer, langjähriger Mitarbeiter des

Welthaus Bielefeld, setzt sich unter dem Titel „Globales Lernen postfaktisch“ in acht Thesen mit der Frage auseinander, ob und wie sich entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit unter veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen neu ausrichten sollte, um ihrem gesellschaftlichen Auftrag gerecht zu werden. Eine spannende und wichtige Debatte sicher auch über den Bereich der Entwicklungspolitik hinaus, Ihre Diskussionsbeiträge sind uns willkommen!

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre Christiane Overkamp
Geschäftsführerin der Stiftung



Foto: Herby Sachs



→ Fortsetzung von Seite 1

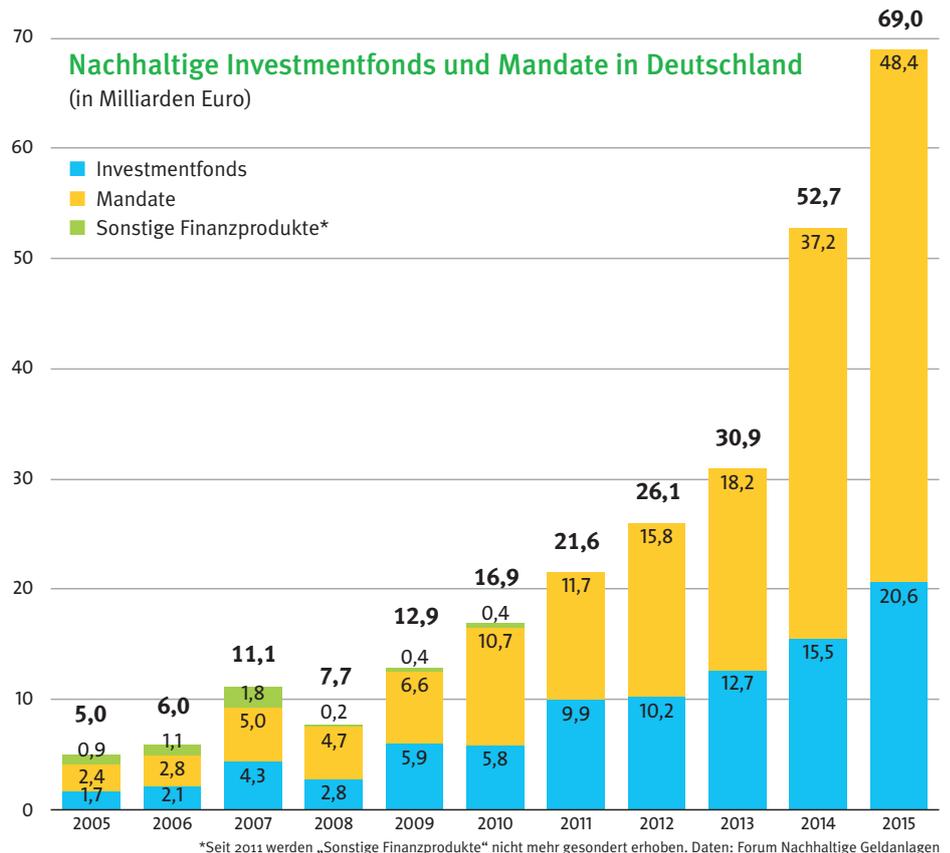
und Apartheid“. In den Folgejahren gründeten sich einige Pioniere des ethischen Investments, zum Beispiel der Pax World Fund in den USA, die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit in Europa und in Deutschland die GLS-Bank. In der weiteren Entwicklung spielten für viele Anlegerinnen und Anleger ökologische Kriterien eine immer größere Rolle.

Inzwischen sind allein in Deutschland mehr als 400 nachhaltige Investmentfonds zugelassen, hinzu kommen Direktinvestitionen in nachhaltige Unternehmen und Einlagen bei alternativen Banken. Der letzte Marktbericht des Forums Nachhaltige Geldanlagen beziffert das nachhaltig angelegte Kapital für Deutschland auf 136,6 Milliarden Euro (2015). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies ein Wachstum von sieben Prozent. Zur Wahrheit gehört allerdings auch: der Anteil von nachhaltigen Geldanlagen am gesamten deutschen Kapitalmarkt beträgt ganze 2,7 Prozent.

Nicht jeder Beste ist gut

Wie bei allen Ebenen einer nachhaltigen globalen Entwicklung haben Politik sowie große Unternehmen und Investoren auch beim Finanzmarkt den größten Einfluss (→ Seite 5). Deshalb ist die Divestment-Bewegung mit ihrem Appell an große Investoren ein sinnvoller Weg, um Kapitalanlagen zukunftsfähiger zu gestalten. Aber auch Einzelpersonen, Kirchengemeinden, Vereine oder nachhaltig ausgerichtete kleinere Unternehmen können und sollten mit ihren Ersparnissen und Rücklagen sozial und ökologisch verantwortlich umgehen. Ökonomisch rentiert sich es in den meisten Fällen auch: In den letzten Jahren sind die Erträge aus nachhaltigen Geldanlagen im Durchschnitt mit denen aus konventionellen Investitionen vergleichbar, teilweise sogar deutlich besser, etwa im Bereich erneuerbare versus fossile Energien.

Will man solche Gelder nachhaltig „arbeiten“ lassen, gilt es zunächst eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen. Sollen Investitionen in bestimmte Branchen, Produkte, Unternehmen oder auch Staaten ausgeschlossen werden? Oder soll umgekehrt gezielt etwas gefördert werden, etwa Windenergie oder soziale Projekte? Eine dritte Möglichkeit ist der best-in-class-Ansatz. Dabei werden die aus sozialer und ökologischer Perspektive jeweils



Branchenbesten als investitionswürdig bewertet. Dieses Verfahren ist von großer Bedeutung, weil Ratingagenturen, Nachhaltigkeitsindizes wie der Dow Jones Sustainability Group Index oder der Natur-Aktien-Index und auch nachhaltige Investmentfonds sich an ihm orientieren. Allerdings: Die Besten sind nicht unbedingt „gut“. Und es dürfte manchen Anleger verärgern, wenn er wüsste, dass sein Geld in einen Ölkonzern investiert wird, nur weil der in seiner Branche der „sauberste“ ist. Bei der Entscheidung für Anlagen nach dem best-in-class-Ansatz ist deshalb ein genauer Blick ratsam, in welche Unternehmen jeweils investiert wird.

Die Befürworter erhoffen sich vom best-in-class-Ansatz, dass er unter den Unternehmen einen Nachhaltigkeitswettbewerb entfacht und so die Standards insgesamt verbessert. Das ist allerdings häufig nicht der Fall, wie eine von unserer Stiftung geförderte Studie des Südwind-Instituts ergab („Klassenziel erreicht?“, 2014). Die Autorin Antje Schneeweiß fand u. a. heraus, dass nur zwei von 22 europäischen Aktiengesellschaften ihre Strategie auf Grund von Nachhaltigkeitsrankings geändert hatten.

Wer die Wahl hat

Nachhaltige Geldanlagen gibt es in zahlreichen Varianten – von Investmentfonds über Direktinvestitionen in nachhaltige Unternehmen und Produkte bis hin zu Festgeld und Sparbüchern.

Wer selbst einen geeigneten Investmentfonds suchen oder Vorschläge seiner Bank überprüfen will, kann auf das Know-how verschiedener Organisationen zurückgreifen. So bietet das Forum nachhaltige Geldanlagen – Mitglieder sind u. a. Kapitalanlagegesellschaften, Ratingagenturen, Finanzberater und Nichtregierungsorganisationen – in seinem FNG-Nachhaltigkeitsprofil Informationen zu nachhaltigen Publikumsfonds (www.forum-ng.org).

Eine andere, vielleicht etwas bequemere Möglichkeit ist es, die Dienste von Banken zu nutzen, die auf Nachhaltigkeit spezialisiert sind. Häufig haben sie einen genossenschaftlichen oder kirchlichen Hintergrund. Auch bei diesen „alternativen Banken“ gibt es Unterschiede im Hinblick auf die Strenge und Ausrichtung ihrer Kriterien. Die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald hat im Rahmen des von unserer Stiftung geförderten Projekts „Was macht eigentlich mein Geld?“ einen Verbraucherleitfaden herausgegeben, der sich insbesondere mit den Alternativbanken befasst (→ Seite 9).

Interessant für entwicklungspolitisch Engagierte ist die oben erwähnte internationale Genossenschaft Oikocredit. Sie nutzt das bei ihr angelegte Geld für Kredite an Mikrofinanzinstitutionen, Genossenschaften sowie an kleine und mittlere Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Mit Möglichkeiten zur Entwicklungsfinanzierung durch Geldan-

→ weiter auf Seite 4

lagen beschäftigt sich auch Antje Schneeweiß, Expertin für nachhaltiges Investment, die wir für diese Resultate-Ausgabe interviewt haben (→ Seite 6/7).

Kaum geeignet für „saubere“ Rücklagen sind – zumindest bisher – die klassischen Riester-Produkte. Das ist eine Erkenntnis im Rahmen eines von uns geförderten Projekts von Facing Finance. Die Organisation analysierte im letzten Jahr 46 fondsbasierte Riester-Produkte und kam zu dem Ergebnis, dass alle sozial und/oder ökologisch belastet waren (→ Seite 8/9).

Bundesländer steuern um

Nach Einschätzung des Forums Nachhaltige Geldanlagen entfallen in Deutschland rund 85 Prozent des nachhaltig angelegten Kapitals auf institutionelle Investoren, in anderen europäischen Ländern ist der Anteil noch höher. Kein Wunder, denn Banken, Versicherungen oder

auch staatliche Einrichtungen verwalten ganz andere Summen als Privatanleger, Vereine oder auch große Nichtregierungsorganisationen. Allein die Versorgungsrücklagen und Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen betragen am Jahresende 2015 fast zehn Milliarden Euro.

Im Juli 2016 kritisierte das Journalisten-Netzwerk „Correctiv“, dass Nordrhein-Westfalen rund 100 Millionen Euro dieser Gelder in klimaschädliche Branchen und Tabak- und Alkoholkonzerne investiere. Das NRW-Finanzministerium verwies zunächst darauf, dass es sich nur um einen verschwindend geringen Anteil der insgesamt angelegten 9,5 Milliarden handle. Inzwischen hat der Landtag aber beschlossen, bei diesen Anlagen künftig ethische Grundsätze und Nachhaltigkeitskriterien zugrunde zu legen. Es sei wichtig, „dass öffentliche Gelder gezielt aus klimaschädigenden Investments abgezogen und im Gegenzug

in den Ausbau von erneuerbaren Energien und ökologisch sowie sozial nachhaltigen Vorhaben gelenkt werden“, so Martin-Sebastian Abel, der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Düsseldorfer Landtag.

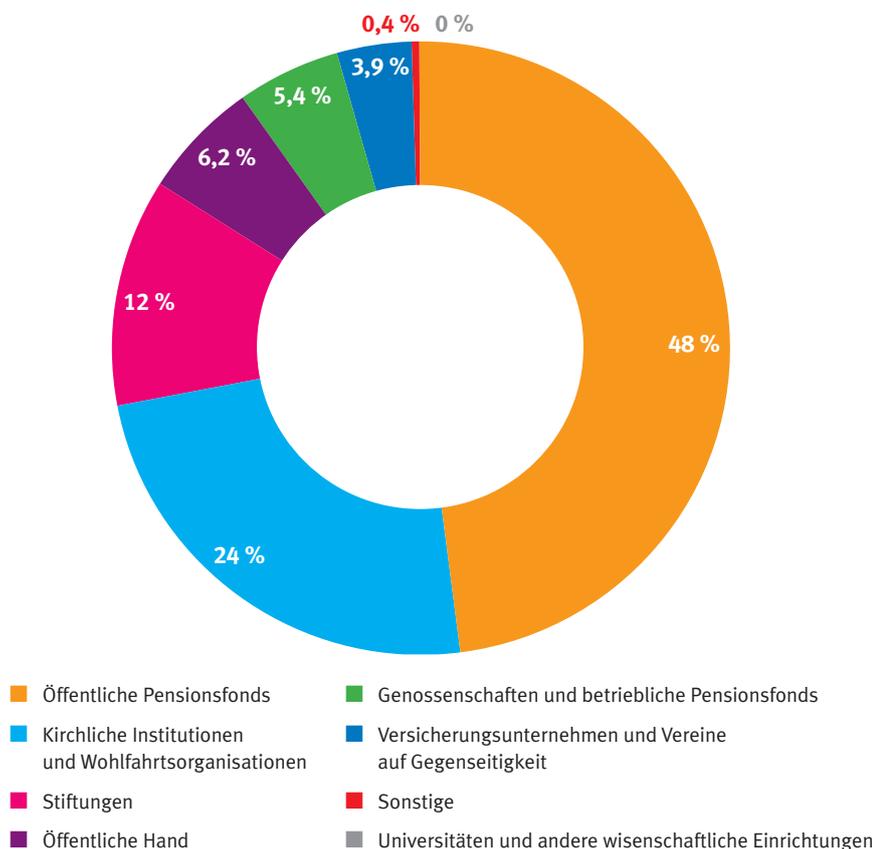
Neben NRW hatte Correctiv sechs weitere Bundesländer wegen ihrer klimaschädlichen Investitionen angeprangert, darunter auch Berlin. Dort war allerdings kurz vorher, im Juni 2016, ein politischer Beschluss zum Divestment gefallen, der inzwischen konkrete Formen angenommen hat. Im Auftrag des Landes entwickelten die Ratingagenturen oekom research und Solactive einen an Nachhaltigkeitskriterien orientierten Aktienindex, der im Frühjahr 2017 an den Start geht. Berlin wird dann seine Versorgungsrücklagen nicht mehr in nuklearen und fossilen Sektoren anlegen bzw. aus diesen Bereichen zurückziehen. Ebenfalls ausgeschlossen sind Anlagen in der Rüstungsindustrie. Die Investitionen nach dem neuen Index lässt Berlin durch die Deutsche Bundesbank verwalten. Die Unterstützung der Bank können auch andere Bundesländer nutzen, die mithilfe des für Berlin konstruierten Index in Richtung Nachhaltigkeit umsteuern möchten.

Nordrhein-Westfalen hat in Sachen nachhaltige Geldanlagen ein erfolgreiches Angebot für institutionelle Investoren entwickelt, den sogenannten Sustainability Bond, eine Nachhaltigkeitsanleihe, über die ökologische und soziale Vorhaben des Landes finanziert werden. Die erste Auflage erfolgte 2015, mit der Auflage 2016 (1,6 Milliarden Euro) haben Investoren 48 Projekte unterstützt. Dazu gehörten die Erweiterung und der Neubau von Hochschulen wie der neuen Fachhochschule Ruhr-West in Mülheim, der Ausbau von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, Sprachförderung in Kitas und Maßnahmen zum Artenschutz. Für 2017 ist eine Neuauflage der Nachhaltigkeitsanleihe vorgesehen.

Das Forum Nachhaltige Geldanlagen meint zum Sustainability Bond: „NRW verknüpft bei seinem neuen Finanzierungsansatz Themen der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte mit Trends am Finanzmarkt und eigenen Zielsetzungen“, nämlich die Umsetzung der SDGs und der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. „Da ist es nur konsequent, auch bei der Finanzierung auf den wachsenden Green-Bond-Markt zu setzen.“

Typen institutioneller Investoren in Deutschland

(2015, in Prozent nach Volumen nachhaltiger Assets)



Daten: Forum Nachhaltige Geldanlagen



Fossil Free Münster: Projektion in der Altstadt im August 2015

Keine Kohle für Kohle

Nachhaltige kommunale Geldanlagen: Münster macht es vor

Nahezu alle Städte und Kreise in Deutschland investieren in Aktien und Fonds. Mit der Rendite sollen vor allem die Renten und Pensionen kommunaler Mitarbeitender bezahlt werden. Wenn die Kommunen in ihrem Anlageportfolio Beteiligungen an Kohle- und Atomstromproduzenten halten, bremsen sie allerdings die Energiewende und konterkarieren die selbst gesteckten Klimaziele. Und auch finanziell verschärft sich das Risiko, da Aktien im fossilen Bereich durch die Energiewende massiv an Wert verlieren dürften. Das bekamen 2016 viele Kommunen des Ruhrgebiets zu spüren, als RWE ankündigte, keine Dividende zu zahlen. Allein für die Stadt Essen, mit fast 18,8 Millionen Anteilen einer der größten Anteilseigner von RWE, bedeutete das eine Finanzlücke von 9,4 Millionen Euro.

Münster ist die erste deutsche Stadt, die gezielt nicht mehr in den fossilen Energiesektor investiert und bei ihren Geldanlagen auch weitere Mindeststandards beachtet. Ausgeschlossen sind etwa Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen, militärische Waffen herstellen oder vertreiben, Atomenergie erzeugen oder Fracking betreiben. Darüber hinaus wurde die Verwaltung vom Rat der Stadt beauftragt, mittelfristig weitergehende ethische Grundsätze bei Investitionen zu befolgen. Damit werden

künftig auch Unternehmen, die Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern, Tierversuche durchführen oder denen eklatante Bestechungs- oder Korruptionsfälle nachgewiesen wurden, nicht mehr im Portfolio der Stadt auftauchen.

Maßgeblich am Ausstieg aus klimaschädlichen Investments beteiligt war die Gruppe „Fossil Free Münster“. Sie ist Teil des internationalen Netzwerks „GoFossilFree!“, das Institutionen und Kommunen zum Abzug ihres Vermögens aus der fossilen Brennstoffindustrie bewegen will. Im Sommer 2013 rief Fossil Free Münster die Stadt mit einer Petition zum Rückzug aus Beteiligungen an Kohle-, Öl- und Gasunternehmen auf, zum sogenannten Divestment. Über Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Demonstrationen und Flashmobs wurde das Thema in die Öffentlichkeit getragen. Verschiedene Bürgerinitiativen und der AstA der Universität Münster schlossen sich der Forderung an, die dann zur Kommunalwahl im Mai 2014 von den Grünen aufgegriffen und ins Programm aufgenommen wurde. Nach der Wahl kam es zu einer schwarz-grünen Koalition, das Divestment wurde Bestandteil des Koalitionsvertrags und im November 2015 vom Rat der Stadt beschlossen.

Doch damit will sich Fossil Free Münster nicht begnügen. Unter anderem sollen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und die Westfälische Wilhelms-Universität von nachhaltigen Kapitalanlagen überzeugt werden. Beide haben in Unternehmen investiert, die mit fossilen Energieträgern ihr Geld verdienen. Entsprechende Unterschriftenaktionen und Petitionen sind bereits angelaufen.

In den USA haben bis heute 22 Städte, darunter Seattle und San Francisco, den Abzug ihres Kapitals aus der fossilen Brennstoffindustrie verbindlich beschlossen. Dazu kommen Boxtel in den Niederlanden, Dunedin in Neuseeland und Münster. „Berlin und Stuttgart haben sich auch auf den Weg in Richtung Divestment begeben“, weiß Tine Langkamp, Koordinatorin von Fossil Free Deutschland. Und bei der Eröffnungsfeier zu „Grüne Hauptstadt Europa – Essen 2017“ erinnerten Aktive von Fossil Free Essen und Greenpeace daran, dass Beteiligungen an RWE nicht nur den städtischen Finanzen schaden, sondern auch alles andere als „grün“ sind.

→ Weitere Informationen unter www.gofossilfree.org

Mit Geldanlagen Entwicklung finanzieren

Interview mit Antje Schneeweiß, Südwind

Antje Schneeweiß arbeitet seit 1991 zum Thema „Nachhaltige Geldanlagen“ und publizierte dazu mehrere Bücher. Seit 1996 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene. Ihre Themenschwerpunkte dort sind „Nachhaltige Geldanlagen und Entwicklung“ und „Wirkung nachhaltiger Investitionen“.

Resultate: Welche Anlageformen gibt es für Privatpersonen, Vereine oder Institutionen, wenn sie ihr Geld, ihre Rücklagen dafür nutzen möchten, Entwicklung in benachteiligten Regionen und Ländern zu unterstützen?

Antje Schneeweiß: Die Anlageformen sind sehr vielfältig und reichen vom klassischen Wertpapierfonds bis hin zum recht neuen „Crowd Financing“, bei dem Menschen – oft über das Internet organisiert – gemeinsam ein Projekt finanzieren. Sie unterscheiden sich wesentlich im Hinblick auf ihr Risiko, ihre Rendite, aber auch darin, wie schnell man das Geld wieder ausgezahlt bekommen kann. Wertpapiere haben den Vorteil, dass sie auf etablierten Börsen gehandelt werden, was bedeutet, dass die Finanzdaten des Unternehmens bekannt sind

und der Wert des Papiers täglich festgestellt wird. Andererseits gehen nur große Unternehmen an die Börse. Dies ist bei solchen Unternehmen kein Problem, die nachhaltig wirtschaften, indem sie zum Beispiel Windkraftanlagen bauen oder günstige Medikamente für Menschen in Entwicklungsländern zur Verfügung stellen. Viele börsennotierte Unternehmen aus Entwicklungsländern sind jedoch von Problemen wie Korruptionsskandalen überschattet oder arbeiten in fragwürdigen Bereichen wie dem Bergbau.

Eine Lösung können hier „Grüne Anleihen“ oder „Green Bonds“ sein. Diese haben die finanztechnischen Vorteile eines Wertpapiers und nutzen das Kapital für ökologische Projekte. Länder wie China, Indien und Mexiko, aber auch die regionalen Entwicklungsbanken legen derartige Papiere auf, um ihre Projekte in den Bereichen Erneuerbare Energien, Öffentlicher Verkehr oder Energieeffizienz zu finanzieren. Green Bonds sind jedoch noch ein recht junges Anlageinstrument und die Diskussion, was als nachhaltiges Projekt gilt und damit über eine grüne Anleihe finanziert werden darf, und was nicht, hält noch an.

Mikrofinanzfonds haben sicherlich den direktesten Bezug zur Armutsminderung. Das Geld aus diesen Fonds wird an lokale Mikrofinanzbanken weitergegeben, die es als Kleinstkredit an Menschen weitergeben, die sich eine wirtschaftliche Existenz mit diesem Kredit aufbauen oder erweitern.

In Zusammenarbeit mit den Instituten der Entwicklungsfinanzierung wie der KfW wurden in den letzten Jahren zudem einige Fonds mit entwicklungspolitischer Zielsetzung aufgelegt, also zum Beispiel der Finanzierung der Lebensmittelproduktion oder von regenerativen Energien in Afrika. Diese Fonds dürfen jedoch nur an institutionelle Anleger wie Stiftungen vertrieben werden und nicht an Privatanleger.

Welche Bedeutung haben solche Anlagen?

Allein die Lebensversicherer in Deutschland haben einen Kapitalbestand von über 800 Milliarden Euro. Geschätzt haben Anlagen mit entwicklungspolitischem Charakter, also Mikrokreditfonds und entwicklungspolitisch ausgerichtete Wertpapierfonds, ein Volumen von einer Milliarde Euro. Wir reden hier also noch über eine verschwindend geringe Summe – leider.



Foto: Dariusz Misztal

Das von unserer Stiftung initiierte Themenforum Geldanlagen auf dem Deutschen Nachhaltigkeitstag im November 2016: Antje Schneeweiß diskutiert mit anderen Experten.

Welche Chancen bieten diese Investitionen, welche positiven Wirkungen haben sie?

Die größten Chancen liegen darin, dass wir einen anderen Umgang mit Geld lernen und dass wir das wirtschaftliche Potenzial in Entwicklungsländern ernst nehmen.

Über die positiven Wirkungen von Mikrokrediten wurde in letzter Zeit viel gestritten. In der Tat fehlt bisher der wasserdichte wissenschaftliche Beleg dafür, dass Mikrokredite generell armutsmindernd wirken, und es gibt auch Beispiele dafür, dass sie nachteilige Wirkungen haben können, wenn sie nicht mit der nötigen Sorgfalt vergeben werden. Andererseits gibt es auch eine Reihe von Detailstudien und Fallbeispielen, die belegen, dass Mikrokredite das Potenzial besitzen, Menschen aus der Armut zu helfen.

Aus heutiger Sicht scheint das Verdienst von Mikrofinanzbanken vor allem darin zu liegen, armen Menschen den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu ermöglichen. Der Zugang zu einem Kredit ist dabei nur ein Aspekt. Mindestens ebenso wichtig ist es, dass in Mikrofinanzbanken kleine Summen sicher aufbewahrt und angespart werden können.

Was sind die Risiken für die Anleger und auch für diejenigen, denen die Investitionen zugutekommen sollen?

Es freut mich, dass Sie nach den Risiken für die Menschen vor Ort fragen. In der Tat können Geldströme viel Negatives bewirken, besonders wenn sie mit der Erwartung an eine Rendite verknüpft sind. Das konnte man an den zahllosen Großprojekten, vom Bau eines Staudamms bis zur Erschließung von Ölvorkommen, in den letzten Jahrzehnten beobachten. Ein Problem dieser Projekte ist, dass sie Gewinner und Verlierer hervorbringen und dass oft kein Dialog oder gar Ausgleich zwischen diesen Gruppen stattfindet.

Vor einer Investition ist es deshalb gut zu überprüfen, wie die Situation vor Ort ist und wie mit den Verlierern des Projekts umgegangen wird. In Projekten der offiziellen Entwicklungshilfe ist ein solcher Prozess inzwischen fest etablierter Bestandteil der Planung. In der privaten Finanzierung tut man sich bisweilen noch schwer damit, diese Erkenntnisse aus der Entwicklungshilfe anzuwenden. Fonds, bei denen Entwicklungsbanken nicht nur die Funktion erfüllen, das Risiko abzufedern, das

unweigerlich mit Investitionen in Entwicklungsländern einhergeht, sondern die ausdrücklich auf das Know-how der Entwicklungsfinanzierer zurückgreifen, halte ich deshalb für zukunftsweisend.

Das Risiko für den Anleger hängt stark von der Art der Geldanlage ab. Es reicht von hochrisikoreichen Fonds bis zum supersicheren festverzinslichen Green Bond.

Welche Folgen hat die Bankenregulierung im Bereich der Fonds?

Es ist in Deutschland immer wieder vorgekommen, dass Geldanlagen an private Anleger verkauft wurden, die mit einem hohen Risiko behaftet waren, ohne den Anleger angemessen darüber aufzuklären. Deshalb unterscheidet das Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) heute strikt zwischen privaten, semiprofessionellen und professionellen Anlegern. Privaten Anlegern dürfen riskante Fonds nicht verkauft werden. Dies gilt auch für alle Fonds, die nachhaltige Projekte in Entwicklungsländern finanzieren. Die Aufsicht verbietet hier den Verkauf an Privatanleger. Nur der Vertrieb an große Stiftungen, Versicherungen und andere institutionelle Investoren ist zugelassen.

Frau Schneeweiß, Sie beschäftigen sich seit mehr als 25 Jahren mit dem Thema nachhaltige Geldanlagen. Was hat sich in dieser Zeit verändert?

Nachhaltige Geldanlagen haben ein enormes Wachstum erfahren. Vor 25 Jahren war es sehr außergewöhnlich, soziale oder ökologische Maßstäbe an eine Geldanlagen zu setzen. Die Medien nahmen diese Ansätze zwar schon immer gerne auf, aber dies führte zunächst nicht zu einer Veränderung der Praxis. Wichtige Akteure auf dem Weg zu einer größeren Verbreitung nachhaltiger Investitionen waren und sind institutionelle Anleger und hier allen voran die Kirchen, die in den letzten Jahrzehnten deutlich machten, dass sie von ihren Vermögensverwaltern entsprechende Angebote und Kompetenzen erwarten. Inzwischen gibt es in so gut wie jeder Bank Nachhaltigkeitsexperten, und Finanztransaktionen – vom Wertpapierkauf bis zur Projektfinanzierung – werden zunehmend auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft. Allerdings hat das die Welt bisher nicht wesentlich verändert. Mit der Divestment-Bewegung – also dem gezielten Rückzug vor allem aus ökologisch problematischen Anlagen – kommt je-

Ausführlichere Informationen zum Thema Geldanlagen und Entwicklungsfinanzierung bieten zwei von unserer Stiftung geförderte Südwind-Studien, die Antje Schneeweiß erarbeitet hat.



„Green Bonds – Black Box mit grünem Etikett? Grüne Anleihen – ein neuer Weg zur Finanzierung von Umweltschutz und Entwicklung?“ (2016)



„Jenseits von Mikrokrediten. Geldanlagen und Entwicklungsförderung“ (2014)

→ Bestellung und Informationen zu den Projekten unter www.suedwind-institut.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4837 und Z-5316

doch eine neue Dynamik in diese Entwicklung, die zu größeren Veränderungen führen kann. Diese Bewegung kann nämlich aufzeigen, dass es nicht nur eine Imagefrage ist, ob man in ein Kohlebergwerk investieren sollte oder nicht, sondern dass es auch finanziell nachteilig sein könnte, wenn man dort investiert. Dieses materielle Risiko hat inzwischen eine Reihe von Anlegern zum Handeln gebracht, die sich bisher keine Gedanken um Nachhaltigkeit gemacht haben.

Leider gibt es bisher noch keine ähnlichen handfesten Risiken im Hinblick auf die Verletzung von Menschenrechten. Hierfür benötigen wir Gesetze, die Unternehmen für die Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten in ihrem Verantwortungsbereich haftbar machen. Darauf würden Investoren reagieren. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig Regulierung ist. Der Einfluss der Finanzmärkte oder gar einzelner Anleger ist eben doch begrenzt.



Foto: Jürgen Fäliche/Fotolia

Fair und ökologisch?

Riester-Rente auf dem Prüfstand

Die Rente ist sicher – dieser unvergessene Satz des früheren Bundesarbeitsministers Norbert Blüm wird längst von den meisten Experten bezweifelt. Viele Menschen nutzen daher inzwischen staatlich geförderte Vorsorgemodelle, um sich vor einem allzu niedrigen Rentenniveau zu schützen. Das gängigste Modell, mit rund 16,5 Millionen abgeschlossenen Verträgen bis Ende 2016, ist sicher die Riester-Rente, benannt nach dem früheren Bundesarbeitsminister Walter Riester. Diese vom Staat durch Zulagen und Steuerreduzierung geförderte, privat finanzierte Rente wurde 2001 eingeführt.

In der teilweise kontroversen öffentlichen Debatte um die Riester-Rente ging es bisher vor allem um Kritik an niedrigen Renditen oder zu

hohen Verwaltungskosten. Mit anderen Aspekten dieser Altersvorsorge befasst sich das von unserer Stiftung mit 170.000 Euro geförderte Projekt „Wie ökologisch und sozial ist meine Riester-Rente“, das der Verein Facing Finance in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen durchführt. „Eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern hat Interesse, auch bei ihrer Altersvorsorge Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen. Es fehlt jedoch gerade für Kleinanleger an Transparenz und Vergleichbarkeit. Mit Facing Finance und der Verbraucherzentrale NRW kommen zwei kompetente Organisationen zusammen, wenn es darum geht, die staatlich geförderten Riester-Produkte nachhaltiger zu gestalten“

“, so Christiane Overkamp, Geschäftsführerin unserer Stiftung, bei einer Pressekonferenz zum Projekt.

Für Umweltschutz und Menschenrechte

Facing Finance setzt sich für Umweltschutz und Menschenrechte ein, beobachtet das Investitionsverhalten internationaler Finanzdienstleister und dokumentiert die sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen der Geschäftspraktiken multinationaler Konzerne. Für das aktuelle Projekt hat Facing Finance in einem ersten Schritt 35 Riester-Anbieter, ihre 46 fondsbasierten Riester-Produkte und mehr als 1.000 dazugehörige Investmentfonds analy-

siert. Die Investmentfonds wurden dabei nach Unternehmensanleihen sowie Beteiligungen an rund 250 ausgewählten Unternehmen bewertet, die sich im Konflikt mit sozialen und ökologischen Standards befinden, etwa der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der 2030-Agenda oder dem Weltklimaabkommen.

Die Unternehmen wurden vor allem auf Basis der Bewertungen von Nachhaltigkeits-Ratingagenturen ausgewählt. Die Finanzdaten stammen vom Wirtschaftsinformationsdienst Bloomberg und wurden im Frühjahr 2016 erhoben. Die Ergebnisse sind auf dem eigens eingerichteten Informationsportal www.faire-rente.de zu sehen – und bieten ein ernüchterndes Bild: Jedes der untersuchten Riester-Produkte ist sozial und/oder ökologisch belastet.

Kompetenter Partner

Mit der Verbraucherzentrale NRW hat Facing Finance einen kompetenten Projektpartner an seiner Seite. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbraucherzentrale verweisen in Beratungsgesprächen für Riester-Kunden auf das Thema Nachhaltigkeit und stellen das Projekt im Rahmen von Vorträgen und weiteren Veranstaltungen vor.

Die Verbraucherzentrale Bremen hat im Sommer 2016 einen bundesweiten Marktcheck zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsberichts-pflicht von Riester-Anbietern vorgelegt. Das Ergebnis: Nur fünf von 48 untersuchten Anbietern informieren ihre Kunden konkret, inwieweit sie ethisch und/oder ökologisch bedenkliche Branchen und Verhaltensweisen bei der Anlage der Altersvorsorgebeiträge ausschließen. Die meisten Anbieter liefern nur schwammige Informationen, und in 18 der untersuchten Jahresmitteilungen geben die Anbieter zu, dass ethisch-ökologische Anlagekriterien nicht

gezielt berücksichtigt werden – mit dem längst widerlegten Argument, dass Nachhaltigkeitskriterien möglicherweise Sicherheit und Rendite reduzieren könnten.

Ein Weckruf

„Wir verstehen unser Projekt als Weckruf für die Branche und die Kunden“, sagt Thomas Küchenmeister, geschäftsführender Vorstand von Facing Finance. Es sei aber auch eine Antwort auf die intransparente Politik der Bundesregierung, die zum Jahresbeginn 2017 die vorvertragliche Informationspflicht zu ökologischen und sozialen Standards bei der staatlich geförderten Altersvorsorge abgeschafft hat. Damit, und vor allem mit der staatlichen Förderung von Renten-Investments in Unternehmen, die gegen soziale und ökologische Normen verstoßen, handele Deutschland gegen völkerrechtliche Verpflichtungen, die sich aus Waffenverboten, Klimaabkommen oder ILO-Kernarbeitsnormen ergeben.

Die Schauspielerin und Tatort-Kommissarin Ulrike Folkerts, die als Schirmherrin des Projekts fungiert, findet es „nicht richtig, dass Altersvorsorge von Umweltzerstörung oder Menschenrechtsverletzungen profitiert.“ Das soll sich nach dem Willen von Facing Finance ändern. Deshalb wird sich der Verein, gemeinsam mit mehreren Verbraucherzentralen, in der nächsten Legislaturperiode dafür engagieren, dass die staatliche Förderung von Altersvorsorgeprodukten künftig verbindlich an soziale und ökologische Mindeststandards gekoppelt wird.

→ Weitere Informationen unter www.facing-finance.org, www.faire-rente.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5293

Was macht eigentlich mein Geld? Tipps und Informationen zu nachhaltigen Geldanlagen

Unter dem Titel „Was macht eigentlich mein Geld?“ hat der Verein urgewald zwei Kampagnen durchgeführt, die sich mit nachhaltigen Geldanlagen beschäftigt haben. Nach einer detaillierten Recherche zu konventionellen und nachhaltigen Finanzprodukten hat urgewald einen Verbraucherleitfaden produziert, der Orientierung im Dschungel der Anlagemöglichkeiten bietet. Ein Schwerpunkt ist der Vergleich von Alternativbanken. Besonders empfehlenswert sind danach die EthikBank, die GLS Bank, die Triodos Bank und die UmweltBank. Allen vier Banken bescheinigt urgewald, dass sie ihre Geschäfte transparent gestalten, Mitsprache ermöglichen und gleichermaßen klare Ausschluss- wie Positivkriterien vertreten.



Ergänzend hat urgewald Bildungsmaterialien für die Sekundarstufe I und II entwickelt und ist darüber hinaus auf verschiedenen Veranstaltungen und Messen aufgetreten.



Unsere Stiftung hat die beiden Projekte mit insgesamt 122.548 Euro gefördert.

→ Weitere Informationen unter www.urgewald.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4779 und Z-5302

Muss sich entwicklungspolitische Bildung im Zeitalter des postfaktischen Populismus neu aufstellen? Mit dieser Frage hat sich Georg Krämer, Referent für entwicklungspolitische Bildung im Welthaus Bielefeld, auseinandergesetzt. Er hat dazu einige Thesen entwickelt, die wir für wichtig und anregend halten. Mit der Veröffentlichung möchten wir einen Anstoß zur Debatte geben, die gerne auf den umweltpolitischen Bereich ausgeweitet werden kann. Denn „postfaktische Argumente“ oder Ignoranz finden sich auch bei Klima- und Umweltthemen. Wir freuen uns auf Ihre Einschätzungen und Beiträge.



Globales Lernen postfaktisch

Einige Thesen für eine überfällige Debatte Von Georg Krämer

1.

Die politische Kultur in der Welt scheint in Bewegung zu sein. Der Zuspruch für rechts-populistische Parteien in so vielen Ländern, der explizite Bezug so vieler Menschen auf Stimmungen und subjektive Wahrheiten und die vehemente Weigerung, sich durch Fakten oder durch nachprüfbarere Informationen der „Lügenpresse“ beeinflussen zu lassen, haben die Sphäre der Politik verändert. Dies könnte auch Folgen haben für die Ausgangsbedingungen unserer entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

2.

Für die weitaus meisten in diesem Bereich Aktiven scheint sich allerdings durch die oben angedeuteten politischen Prozesse wenig zu verändern. Orientiert auf die „sozialökologischen“ und „liberal-intellektuellen“ Milieus (Sinus) bleibt doch alles beim Alten. Andere Milieus wurden und werden ohnehin nicht erreicht, weithin nicht einmal angesprochen. Neue Zielgruppen zu erschließen ist in den letzten Jahrzehnten nicht gelungen. Auch „junges Engagement“ ist keine Milieu-Entgrenzung, sondern lediglich der Versuch, andere Altersgruppen (derselben Milieus) anzusprechen. Zwei Drittel der entwicklungspolitisch Engagierten haben Abitur (ZIVIS 2012) und sind damit für einen erheblichen Teil der Bevölkerung verdächtig, keinen Blick für die „kleinen Leute“ zu haben.

3.

Wir erreichen diese anderen nicht, wir wollen sie vielleicht auch nicht erreichen. Auch die entwicklungspolitisch Engagierten suchen nach Identität – und dies bedeutet stets auch Abgrenzung gegenüber anderen. Erkennbar wird dieses Bedürfnis zum Beispiel im Gebrauch von Sprache und Begrifflichkeiten, die deutlich machen sollen, dass wir auf der richtigen (moralisch guten) Seite stehen, uns vom Mainstream unterscheiden. Termini wie „die Geflüchteten“, der „globale Süden“ oder „postkoloniale Dekonstruktionen“ machen vielleicht im internen Diskurs Sinn, werden aber außerhalb der Szene weder verstanden noch nachvollzogen. Political Correctness ist immer auch Marginalisierung derjenigen, die hier nicht folgen können oder folgen wollen. Wir können unsere Sprachmagie weiterhin pflegen, sollten aber auch sehen, dass solche „Identitätsbildung durch Abgrenzung“ Folgen hat.

4.

Das Thema Flüchtlinge hat deutlich gemacht, wie sehr die (entwicklungspolitische) Szene sich in einem abgeschirmten Echoraum bewegt hat, der die Fragen, Ängste und Besorgnisse der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung (vgl. Politbarometer) schlicht ausgesperrt hat. Während schon lange für diese Mehrheit eine „Überforderung“ unserer Gesellschaft durch zu viel Zuwanderung das Thema war, haben zumindest erhebliche Teile der Szene sich lieber mit dem aggressiv eingeforderten Verbot beschäftigt, zwischen politisch Verfolgten und Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden. Die Begrenzung der Zuwanderung blieb auf diese Weise lange ein Thema der AfD und anderer, welche die Flüchtlingspolitik längst von jeglicher humanitärer und politischer Verpflichtung „gesäubert hatten“. Befürchtungen ernst nehmen bedeutet selbstredend nicht, den Schlussfolgerungen zu folgen, welche die Rechtspopulisten in die Gesellschaft hineingetragen haben.

5.

Haben wir in unserer entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit Angebote für jene Bevölkerungsgruppen, die sich subjektiv bedroht und abgehängt fühlen oder es auch tatsächlich sind? Oder aber sollten wir im Gegenteil an unseren Überzeugungen und Positionen und Angeboten festhalten, selbst wenn der Zeitgeist uns hier ins Gesicht bläst? Eine



Antwort darauf muss jede und jeder Engagierter, jede entwicklungspolitische Gruppe, NRO oder auch Institution selber finden. Sicher ist, dass eine Orientierung auf neue Zielgruppen und Milieus – gerade auf jene, die heute Wahlen zu gewinnen scheinen – vielfache Veränderungen erforderlich machen würde. Unsere Themen und wie wir sie gesellschaftlich verankern, die Art und Weise, wie wir sprechen und agieren, vielleicht auch unser Habitus gegenüber den fremden Milieus – dies alles wäre auf den Prüfstand zu stellen, wenn es uns tatsächlich um eine „inklusive entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit“ ginge.

6.

Viel wäre gewonnen, wenn wir entwicklungspolitische Themen so beschreiben könnten, dass mehr Menschen sich in diesen Beschreibungen wiederfinden könnten. Soziale Sicherheit, inklusive Globalisierung, Verringerung der Ungleichheit zwischen Ländern und in Ländern (SDG 10), Bedrohung der Zukunft unserer Kinder durch Klimawandel und ökologische Verwerfungen wären auf ihre „innergesellschaftliche“ Bedeutung hin zu thematisieren. Gerechtigkeitsfragen (oder auch Verteilungskämpfe) gilt es nicht nur im Nord-Süd-Verhältnis, sondern auch bezogen auf unser Land zum Thema zu machen. Entwicklungspolitik wäre als ein plausibler Ansatz zu kommunizieren,

nämlich so weltweite Bedrohungen zu reduzieren und Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Gleichzeitig sollten wir hier der Versuchung widerstehen, alle Probleme der Welt auf eine allzu schlichte Systemfrage („schuld ist der globale Kapitalismus“) zu reduzieren.

7.

Was folgt aus der „Emotionalisierung der Politik“? Während wir uns in der Bildungsarbeit seit vielen Jahren wegbewegt haben von einer mit Emotionen und Schuldgefühlen operierenden Betroffenheitspädagogik hin zu einer eher sachlichen (auch kontroversen) Darstellung der Fragestellungen, scheint es im politischen Raum gerade auf Emotionen und Bilder und emotional gefärbte Narrative anzukommen. Müssen unsere Events, Veranstaltungen und Materialien anders gestaltet werden? Oder tun wir gut daran, Fakten ihren Stellenwert zu belassen und jede emotionale Überwältigung tunlichst zu vermeiden?

8.

„Die Welt gerät aus den Fugen“ (F.-W. Steiner) und damit geraten auch viele Welterklärungen und Gewissheiten über „entwicklungspolitische Wahrheiten“ ins Wanken. Die alten Thesen stimmen nicht mehr oder sie stimmen nur noch sehr eingeschränkt. Wenn diesem Befund zugestimmt wird, müsste dies auch Folgen für die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit haben. Wir können weniger denn je Gewissheiten verkünden, sind Teil einer Gesellschaft, die angesichts zahlreicher Verwerfungen sich neu fragen muss, wohin die gesellschaftliche Entwicklung (auch die Weltentwicklung) gehen soll. Vielleicht bleibt einer verantwortlichen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit nur, diese Suche nach Orientierung zu begleiten und die Fragen gemeinsam – mit möglichst vielen Menschen in unserer Gesellschaft – auszuhalten.



Georg Krämer ist Mitarbeiter im Welthaus Bielefeld und Fachpromotor für Globales Lernen in NRW.



Foto: Jörg Meuter

Die südkoreanische Künstlerin Bo Suk Lee bei der Arbeit am Wandbild in Bedburg.

Weltbaustellen

Eine Kampagne des Eine Welt Netz NRW

Mit der 2015 verabschiedeten 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung haben die Vereinten Nationen den globalen Rahmen für die Umwelt- und Entwicklungspolitik der kommenden 15 Jahre gesetzt. Die damit verbundenen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) – von der Beendigung der Armut bis hin zur Stärkung globaler Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung – sind ambitionierte Vorgaben, die jetzt mit Leben gefüllt werden müssen. Auch bei und von uns.

Debatte anstoßen

Mit seiner Informations- und Bildungskampagne „Weltbaustellen NRW“ will das Eine Welt Netz NRW eine gesellschaftliche Debatte über die Ziele für nachhaltige Entwicklung anstoßen. Dafür erstellen, in Kooperation mit dem Düsseldorfer Verein „Farbfieber“, internationale Künstlerinnen und Künstler in 16 nordrhein-westfälischen Städten große Wandgemälde, die sich mit den SDGs auseinandersetzen. Im Jahr 2016 sind so acht bis zu 25 Meter hohe Wandgemälde entstanden, in

Bedburg, Bochum, Dinslaken, Düsseldorf, Köln, Minden, Mülheim und Remscheid.

Direkt am Entstehungsort der Kunstwerke werden Infopunkte eingerichtet, an denen sich interessierte Menschen über die Nachhaltigkeitsziele informieren, Gespräche mit den Künstlerinnen und Künstlern führen oder sich mit eigenen Ideen in das Projekt einbringen können. Jede Malaktion wird von einem Rahmenprogramm begleitet, das Diskussionsveranstaltungen, Filmabende oder Poetry Slams umfasst. Darüber hinaus finden im Rahmen des Projekts an mehreren Schulen Malaktionen zu den SDGs statt.

Schirmherr der Kampagne ist Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW, der auch für den Bereich Eine Welt zuständig ist. Unsere Stiftung fördert die „Weltbaustellen NRW“ mit rund 380.000 Euro.

→ Weitere Informationen unter www.eine-welt-netz-nrw.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5318

„Greifbare Beispiele“

Interview mit Sebastian van Ledden, dem Koordinator der „Weltbaustellen“

Resultate: Nach welchen Kriterien wurden die 16 Städte ausgewählt?

van Ledden: Die wichtigste Voraussetzung für die Arbeit in der Kampagne sind unsere lokalen Kooperationspartner. Ohne diese Partner und ihre größtenteils ehrenamtliche Arbeit könnten wir die Weltbaustellen nicht umsetzen. Bestes Beispiel dafür ist die Weltbaustelle Dinslaken, wo ein breites Bündnis von Akteuren – von der Stadt über die VHS bis hin zu Initiativen und Wohlfahrtsverbänden – für eine immense Bandbreite an Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne gesorgt hat. Es gibt auch keine Vorgabe, dass die Städte bestimmte Ziele thematisieren müssen. Jede sucht sich ein Ziel oder mehrere Ziele aus, die in einem Zusammenhang mit dem Ort stehen. Bedburg beispielsweise steht zwischen Tagebau und Windparks. Im Wandbild und auch auf den Veranstaltungen wurde hier ein Schwerpunkt auf Ziel 7 „Saubere

und bezahlbare Energie“ gelegt. Insgesamt gibt es für die Kampagne Interesse aus deutlich mehr Orten, als wir bedienen können.

2030-Agenda, SDGs – diese Begriffe sind für viele abstrakt und schwer fassbar.

Was können die „Weltbaustellen“ dazu beitragen, sie konkreter zu machen?

Wenn ich auf Veranstaltungen über die Nachhaltigkeitsagenda und ihre Komplexität spreche, versuche ich stets, die SDGs zunächst an Beispiele anzudocken, die für die Zuhörerinnen und Zuhörer greifbar sind. Das Thema Konsum etwa betrifft uns alle – wenn man über nachhaltigen Konsum spricht, kann man eine Vielzahl weiterer Themen erschließen, von Plastikmüll in den Ozeanen über wirtschaftliche Zusammenhänge zwischen Nord und Süd bis hin zu Lebensmittelverschwendung. Und genau das ist ein zentraler Punkt der Kampagne: Ab dem Zeitpunkt, an dem die Künstlerinnen und Künstler ihr Konzept in die Öffentlichkeit tragen und mit den Arbeiten am Wandbild anfangen, beginnen auch die Fragen der Menschen ringsum: „Um was geht es hier?“ oder „Was entsteht dort?“. Die Aufmerksamkeit ist geweckt und hier setzen wir an, kommen mit den Menschen direkt ins Gespräch, bekommen über das Bild einen Einstieg in die SDGs und geben Impulse.

Wie lautet Ihr Zwischenfazit nach einem Jahr?

Ich habe den Eindruck, dass die Kampagne langsam bekannter und gefestigter wird. Wir wissen besser, welche Formate funktionieren und an welchen Stellen es gehakt hat. 2017 wollen wir uns noch stärker auf die Vernetzung der Kampagnenteile untereinander konzentrieren.

Wir konnten im ersten Jahr interessante Erfahrungen sammeln. Als Projektteam hat man vor allem am Anfang die Gelegenheit, in die Städte zu fahren und sich gemeinsam mit Projektpartnern auf die Suche nach Hauswänden zu begeben. Man beginnt, sich Häuser auf eine andere Weise anzuschauen, jede trübe und leere Wand wird dabei potenziell eine Leinwand für ein Kunstwerk im Rahmen der Kampagne. Es macht Spaß, mit Veränderungsprozessen zu beginnen.

Insbesondere an Orten mit einer hohen Dichte an urbaner Kunst gibt es eine große Konkurrenz um die öffentliche Aufmerksamkeit. An Orten, an denen es bislang kaum Wandbilder gibt, erregen unsere Objekte größeres Aufse-

hen. Für die Auswahl der weiteren Wände der Kampagne ist deshalb die „Konkurrenzsituation“ vor Ort ein Kriterium geworden.

Welche Erfahrungen nehmen Sie aus den Diskussionen vor Ort mit?

Es ist wichtig, mit den Menschen gemeinsam in den Gesprächen einen Handlungsansatz zu erarbeiten. Wenn man zum Beispiel konkrete Handlungen ableitet – etwa faire T-Shirts kaufen, – gemeinsam Zweifel ausräumt – Kosten für faire T-Shirts müssen nicht exorbitant sein – und dazu auch noch Anlaufstellen nennt, dann hat man die Chance auf eine Folge aus der Kampagne deutlich erhöht. Die Kampagne macht dann am meisten Spaß, wenn man mit eher kritischen Menschen ins Gespräch kommt,

deren Vorbehalte sich im Gespräch oder bei einer gemeinsamen Aktion klären und die dann mit nachhaltigen Handlungsvorsätzen weitermachen wollen. Bei der zentralen Aktion „Stop complaining – let’s eat fair!“ im vergangenen Jahr hat das gut funktioniert. Hier haben lokale und internationale Künstlerinnen und Künstler zusammengearbeitet und eine öffentliche Aktion zum Thema Ernährung auf die Beine gestellt, einen Gegenentwurf zum Mainstream-Konsumverhalten. Die Aktion, bei der jede und jeder mitmachen und mitdiskutieren konnte, erfreute sich großer Beliebtheit. Diese Erfahrungen nehmen wir mit und wollen sie bei der Fortsetzung der Kampagne reproduzieren und verstärken.



Das Wandbild in Remscheid zeigt einen weiblichen Kopf, durch den ein goldener Totenkopf schimmert. Zusammen mit Tags zum Thema Frieden, Gerechtigkeit und Gleichbehandlung wird der Kopf aus einem darunterliegendem Gewässer gelöffelt.



Foto: rfo.tostock/fotolia

Viel zu tun

NRW-Umweltbericht und Landesnaturschutzgesetz

Mit dem Umweltbericht 2016 hat die Landesregierung im Dezember des vergangenen Jahres zum vierten Mal eine umfassende Bestandsaufnahme zur Lage der Umwelt in unserem Bundesland vorgelegt. Für knapp 30 Umweltindikatoren listet der Umweltbericht Zahlen und Entwicklungen auf. Die Themen reichen von Klimawandel, Treibhausgasemissionen, Luftschadstoffen und Lärm über Abfall, Flächenverbrauch und Gewässerzustand bis hin zu Artensterben, Waldentwicklung sowie Landwirtschaft.

Zu den wenigen guten Nachrichten im Umweltbericht gehört der Rückgang der Feinstaubbelastung in den urbanen Regionen Nordrhein-Westfalens. 2014 und 2015 konnte der EU-Grenzwert erstmalig in ganz NRW eingehalten werden. „Während wir bei der Feinstaubbelastung mit Maßnahmen wie Partikelfilter und Umweltzonen erfolgreich sind, können wir aber beim Grenzwert für die Stickstoffdioxid-Konzentration noch keine Entwarnung geben“, sagte Landesumweltminister Johannes Remmel. 2015 wurde der EU-Jahresgrenzwert für Stickstoffdioxid an fast der Hälfte (56 von 128) der Messstellen im Land teilweise deutlich überschritten. Hauptverursacher sei nachweislich der Straßenverkehr, so der Minister: „Diesel-Pkw mit manipulierten oder nur eingeschränkt funktionierenden Stickoxidminderungssystemen fallen hier besonders ins Gewicht.“

Auch in anderen Sektoren macht der Umweltbericht deutlich, wie weit der Weg zu einem nachhaltigen Nordrhein-Westfalen noch ist: Der Flächenverbrauch schreitet mit etwas

geringerem Tempo voran – jeden Tag werden in NRW über neun Hektar in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt. Den Fließgewässern geht es schlecht – lediglich 6,4 Prozent der etwa 13.800 untersuchten oberirdischen Gewässerkilometer sowie 60 Prozent der Grundwasserkörper sind in „gutem Zustand“. Probleme bereitet beim Grundwasser besonders die anhaltend hohe Nitratbelastung, vor allem durch den von der Landwirtschaft verursachten Stickstoffüberschuss. Und der Wald leidet weiter an Umwelteinflüssen und Klimaänderungen – 2016 galten nur 27 Prozent der Laubbäume und 30 Prozent der Nadelbäume als gesund.

Erstmalig mit dem 4. Umweltbericht NRW wurde der Ökologische Fußabdruck für Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Er basiert auf einem vom Global Footprint Networks (GFN) erarbeiteten Konzept, mit dessen Hilfe das Verhältnis vom Ressourcenverbrauch zu den vorhandenen Ressourcen ermittelt werden kann. „Würden alle gut sieben Milliarden Menschen weltweit den nordrhein-westfälischen Lebensstil mit seinem aktuellen Ressourcenverbrauch und Energiemix führen, bräuchte man auf Dauer 3,3 Erden“, so GFN-Präsident Dr. Mathis Wackernagel. Auf 5,8 sogenannte globale Hektar beziffere sich der Footprint pro Kopf in NRW. Weltweiter Durchschnitt sind 2,8 globale Hektar pro Kopf, als dauerhaft auskömmlich gelten höchstens 1,7 globale Hektar.

Auch um den Natur- und Artenschutz steht es nicht allzu gut im mit rund 18 Millionen Menschen am dichtesten besiedelten Flächenland in Deutschland. Mehr als 43.000 Pflanzen-,

Pilz- und Tierarten finden sich in NRW. Das ist mehr als die Hälfte aller in Deutschland lebenden Arten. Rund 45 Prozent davon sind nach der aktuellen Roten Liste in ihren Beständen gefährdet oder bereits ausgestorben. Lediglich 40 Prozent der in Nordrhein-Westfalen nach der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie geschützten Arten befinden sich in einem günstigen Erhaltungszustand.

Das will die Landesregierung mit dem am 9. November 2016 verabschiedeten ersten Naturschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen – bislang war der Naturschutz in NRW durch das Landschaftsgesetz geregelt – langfristig ändern. So soll die Fläche des Biotopverbundes – also der intakten und miteinander vernetzten Lebensräume – von derzeit 11,6 Prozent auf künftig 15 Prozent ansteigen. Die verbliebenen rund 400.000 Hektar artenreichen Grünlands dürfen nicht mehr in Ackerflächen umgewandelt werden.

Die Naturschutzverbände des Landes sind im Grundsatz mit dem neuen Gesetz zufrieden. Das betrifft insbesondere das Vorkaufsrecht des Landes für wertvolle Flächen in Naturschutzgebieten. Als ein positives Beispiel für einen Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessengruppen gilt die neue Regelung zum Schutz der Streuobstwiesen. Landwirte und Naturschützer wollen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass dieser wertvolle und artenreiche Lebensraum nicht völlig aus unserer Landschaft verschwindet.

➔ Weitere Informationen unter www.umwelt.nrw.de



Und jetzt?

Klimapolitik in den Zeiten von Trump

Die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz von Marrakesch im November 2016 konnten sich durchaus sehen lassen. Die USA, Deutschland, Mexiko und Kanada hatten ihre langfristigen Klimaschutzpläne vorgestellt. Die 47 im „Climate Vulnerable Forum“ versammelten Staaten hatten angekündigt, bis spätestens 2050 ihre Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Und kurz vor Konferenzbeginn war auch das ein Jahr zuvor beschlossene Weltklimaabkommen in Kraft getreten.

Nicht wenige Beobachter führen dieses Tempo auf die Sorge vor der neuen US-Administration zurück. Hatte die Regierung Obama vor allem in ihren letzten Jahren die Klimaschutzanstrengungen deutlich verschärft und auch auf internationaler Ebene eine konstruktive Rolle eingenommen, ist mit Donald Trump ein ausgewiesener Klimaskeptiker zum Präsidenten gewählt worden, der aus seinem Zweifel am vom Menschen verursachten Klimawandel keinen Hehl macht.

Allerdings stößt Trump mit seiner angekündigten Klima- und Energiepolitik auch zuhause auf Widerstand. So hatte der Gouverneur von Kalifornien den scheidenden Präsidenten Obama gebeten, das bis 2022 verhängte Verbot von Öl- und Gasbohrungen vor den Küsten Kaliforniens, Oregons und Washingtons dauerhaft auszuweiten. Und mehr als 600 in der Initiative „Business backs Low-Carbon USA“ zusam-

mengeschlossene Unternehmen – darunter Hewlett Packard, Gap, Hilton, Nike, Starbucks, Ebay und Tesla – hatten in einem offenen Brief an Obama, Trump sowie den US-Kongress die zügige Fortsetzung einer umweltverträglichen Politik gefordert.

Wie bei vielen anderen Themen ist auch in der Klimapolitik derzeit noch unklar, welche Strategie die Regierung Trump verfolgen wird. Da wäre es für eine erfolgreiche globale Klimaschutzpolitik hilfreich, wenn die EU und Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen würden. Doch Differenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten, etwa um die Nutzung der klimafeindlichen Kohle, verhindern bislang eine ambitionierte und geschlossene europäische Klimaschutzstrategie. Zwar landeten beim von Germanwatch erstellten Klimaschutz-Index 2016 (<https://germanwatch.org/ksi>) mit Frankreich, Schweden und Großbritannien europäische Staaten vorne, allerdings blieben die ersten drei Plätze, wie bereits in den Vorjahren, mangels vorzeigbarer Entwicklungen leer. Und Deutschland fiel auf den 29. Platz zurück, hinter Länder wie Ägypten, Indonesien oder Indien.

Mit dem im November 2016 von der Bundesregierung beschlossenen „Klimaschutzplan 2050“ soll sich das künftig ändern. Um die selbst gesteckten Klimaschutzziele – die Treibhausgas-Emissionen sollen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und langfristig um 95 Prozent

gegenüber dem Jahr 1990 gesenkt werden – zu erreichen, wurden erstmals Zielkorridore für einzelne Bereiche bis zum Jahr 2030 formuliert. So sollen im Gebäudesektor 67 Prozent, im Verkehr 42 Prozent, in der Industrie 51 Prozent und in der Landwirtschaft 34 Prozent gegenüber 1990 eingespart werden. Für Kritiker wie den BUND-Vorsitzenden Hubert Weiger bleibt „der Klimaschutzplan 2050 energiepolitisch weit hinter den Notwendigkeiten zurück“. Die Klimaziele für die Industrie seien um vier Prozentpunkte abgeschwächt worden, auch der Energiesektor müsse weniger leisten als in früheren Versionen vorgesehen und ein Fahrplan zum Kohlausstieg fehle vollkommen.

Ende des Golfstroms?

Während die Weltgemeinschaft um die richtige Strategie im Kampf gegen die globale Erwärmung streitet, mehren sich die Anzeichen, dass es in Teilen Europas demnächst kälter werden könnte. Aktuelle Untersuchungen einer Forschergruppe der „Scripps Institution of Oceanography“ der University of California in San Diego deuten darauf hin, dass die Wärmepumpe des Golfstroms in Gefahr ist: Bislang führt der Golfstrom warmes und salzarmes Oberflächenwasser aus dem Atlantik vom Äquator bis nach Spitzbergen. Dort kühlt es ab, wird salziger und schwerer, sinkt ab und strömt als kaltes Tiefenwasser zurück in die Tropen. Durch schmelzendes Süßwasser aus dem arktischen Eisschild würde der Salzgehalt im Nordatlantik reduziert und das System des Golfstroms gestört.

Die Forscher aus San Diego haben noch eine weitere Region untersucht, die für den Golfstrom von großer Bedeutung ist – das Kap der Guten Hoffnung, wo Atlantischer und Indischer Ozean zusammenströmen, ihr Wasser austauschen und der Golfstrom seinen Anfang nimmt. Die Berechnungen zum künftigen Salzwasseraustausch am Südpol Afrika beruhen zwar auf einigen unsicheren Variablen, lassen aber immerhin die begründete Vermutung zu, dass der Golfstrom in den nächsten Jahrhunderten versiegen könnte. Die Menschen in Westeuropa, vor allem in Skandinavien und Großbritannien, müssten sich dann warm anziehen.



Foto: Michael Nigro, picture alliance/Pacific Press Agency

Erfolgreicher Protest gegen eine umstrittene Ölpipeline im US-Bundesstaat North Dakota.

Bernd Pieper



Foto: NABU/Jürgen Bornis

Der Wolf ist auf dem Sprung nach Nordrhein-Westfalen.

Auf gute Nachbarschaft

Konflikte zwischen Mensch und Naturschutz

Ein einsamer Waldspaziergang, Vogelgesang, eine friedliche Idylle. Plötzlich, in einiger Entfernung, steht ein großes Tier auf dem Pfad, entspannt, aber dennoch wachsam, und verschwindet nach einem kurzen Blick im Unterholz. Ein freilaufender Schäferhund? Nein, ein Wolf, einer von denen, die sich nach mehr als 150 Jahren Abwesenheit wieder in Nordrhein-Westfalen ansiedeln.

Noch ist diese Situation sehr unwahrscheinlich. Zwar nehmen die Wolfsnachweise auch in NRW seit einigen Jahren zu, doch zumeist handelte es sich um einzelne Jungwölfe aus Niedersachsen auf der Suche nach einem eigenen Revier. Ob sie dauerhaft bei uns bleiben und Rudel bilden, ist noch offen – und eine Vorstellung, die bei den einen große Freude, bei den anderen große Befürchtungen auslöst. Gleichgültig ist das immer noch mythenumrankte Tier wohl kaum jemandem.

Ein immer wiederkehrendes Missverständnis muss an dieser Stelle allerdings ausgeräumt

werden: Die Wölfe wurden nicht von Tierfreunden ausgewildert oder ausgesetzt, sie kamen von alleine vor rund 17 Jahren aus Polen über die Oder nach Deutschland und erobern sich seither ihre alten Lebensräume zurück. Heute leben in Deutschland mehr als 40 Wolfsfamilien mit rund 130 Tieren, vor allem in den östlichen Bundesländern und in Niedersachsen.

Koexistenz auf kleiner Fläche

Nicht nur Wölfe, auch andere große Beutegreifer fühlen sich im vergleichsweise dicht besiedelten Europa durchaus wohl. Das belegt eine 2014 im Wissenschaftsmagazin „Science“ veröffentlichte Studie von mehr als 70 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu Verbreitung und Populationsgrößen von Wolf, Braunbär, Eurasischem Luchs und Vielfraß auf dem europäischen Festland (ohne Russland, Weißrussland und Ukraine): Beinahe alle Staaten, mit Ausnahme der Benelux-Länder und

Dänemarks, beherbergen mindestens eine Population von wenigstens einer dieser Arten.

Am stärksten vertreten ist der Braunbär mit rund 17.000 Tieren in 22 Ländern. Knapp 12.000 Wölfe verteilen sich auf 28 Länder, 9.000 Luchse streifen durch 23 Länder. Die 1.250 Vielfraße sind ausschließlich in Schweden, Norwegen und Finnland anzutreffen. Im Gegensatz zu den USA oder Afrika ist es in Europa kaum möglich, Beutegreifer und Menschen durch große Schutzgebiete räumlich weit voneinander zu trennen, also das Separationsmodell anzuwenden.

Die Ergebnisse der Studie lassen also den Schluss zu, dass eine Koexistenz von Mensch und Beutegreifer möglich ist, auch wenn sie häufig zu Konflikten führt. Zumal durch eine anhaltend hohe Populationsdichte bei Reh, Rothirsch und Wildschwein reichlich Beute vorhanden ist – was nicht zuletzt an einer intensiven und ertragreichen Landwirtschaft liegt. Angesichts der begrenzten Lebensräume wird

„Wir nehmen die Ängste und Sorgen ernst“

es vor allem darauf ankommen, dass wir Menschen die tierische Nachbarschaft akzeptieren.

Konflikte entschärfen

Auch der Biber, der über 100 Jahre aus dem heutigen NRW verschwunden war und von dem wieder rund 700 Tiere in knapp 200 Revieren bei uns leben, löst mit seiner Anwesenheit nicht nur Freude aus. Da er Zuckerrüben und Mais mag und mit dem Menschen die Vorliebe für ertragreiche Agrarstandorte teilt, unterhöhlt der Biber auch gerne mal gewässernahe landwirtschaftliche Flächen oder flutet ein Feld durch seine Dammbauten. Zwei von unserer Stiftung geförderte Projekte der Biologischen Station Düren (U-3588) und des BUND Nordrhein-Westfalen (U-3657) tragen dazu bei, die Konflikte zu entschärfen. Neben Patenschaften für Biberreviere und speziellen Bildungsangeboten, die vor allem bei Jüngeren die Begeisterung für den Biber und die biologische Vielfalt wecken sollen, kümmert sich eine Arbeitsgruppe in der Biologischen Station Düren um pragmatische Lösungen in Konfliktfällen. „Dann wird auch mal ein Damm versetzt oder ein biberdichter Rechen in einem zuvor durch Holz verstopften Auslaufbauwerk installiert“, so Lutz Dalbeck von der Biostation.

Aufklärung und konkrete Hilfe

Hamsterpopulationen, die angeblich Gewerbegebiete verhindern, Rotmilane, die durch Windkraftanlagen getötet werden – das Konfliktpotenzial zwischen Mensch und Natur beschränkt sich nicht alleine auf den Wolf. Doch wo bei Bauvorhaben in den meisten Fällen eine vernünftige Planung spätere langwierige Auseinandersetzungen verhindern könnte, wird es beim Wolf vor allem auf die Akzeptanz durch den Menschen ankommen. NRW hat seit 2016 einen Wolfsmanagementplan, der unter anderem Verhaltenstipps beim Umgang mit „auffälligen“ Wölfen gibt und für Nutztierhalter Kompensationsmaßnahmen nach Wolfsrissen vorsieht. Auch die Naturschutzverbände beschäftigen sich mit der Rückkehr der Wölfe. Der NABU initiierte bereits 2005 ein bundesweites Projekt zum Wolf, der NABU NRW hat im Herbst 2016 ein von unserer Stiftung mit 188.000 Euro gefördertes Bildungsprojekt gestartet. Er will mit einer Wanderausstellung, Vorträgen und Bildungsmaßnahmen um Akzeptanz für dieses faszinierende Wildtier werben.

Interview mit Katharina Stenglein



Foto: Nera Scholpp

Katharina Stenglein ist im Auftrag des Landes NRW als Luchs- und Wolfsberaterin tätig und koordiniert das NABU-Bildungsprojekt „Die Rückkehr des Wolfes nach NRW“.

Resultate: Wie sind Menschen mit einer tief sitzenden Angst vor Wölfen ansprechbar?

Stenglein: Gerade ängstliche Menschen wenden sich an uns mit der Bitte um einen Rat. Wir nehmen diese Ängste und Sorgen ernst. Schließlich ist der Wolf ein hoch emotional besetztes Wildtier, mit dem wir seit Jahrhunderten keine Erfahrung haben. Und jetzt kehrt er auf eigenen Pfoten zurück und stellt die Menschen vor eine neue Situation. Über unsere Ausstellung versuchen wir, mit wissenschaftlich fundierten Kenntnissen über das Wildtier Wolf aufzuklären. Begleitet wird die Ausstellung durch ein umfangreiches Informationsprogramm an Schulen, in Zoos und weiteren Ausstellungsorten. Wichtig ist, dass man im Gespräch bleibt, um gemeinsam nach Lösungen für eine konfliktarme Rückkehr des Wolfes zu suchen.

Sachlich oder hoch emotional:

Wie agiert das Publikum bei Vorträgen oder Diskussionsrunden?

Das kommt immer darauf an, wie sich das Publikum zusammensetzt. Es kann durchaus passieren, dass die Stimmung im Vorfeld etwas hochkocht. Ich habe es aber noch nie erlebt, dass keine vernünftige Diskussion erfolgen konnte. Natürlich prallen hier unterschiedliche Interessen aufeinander. Wir sind aber jederzeit offen für sachliche Diskussionen. Ich selbst freue mich immer, wenn sich auch kritische Zuhörer nach dem Vortrag bei mir bedanken – dafür, dass sie einiges dazugelernt und nun ein etwas anderes Bild vom Wolf haben.

Das Projekt setzt auch bei Schülerinnen und Schülern an. Wie reagieren die?

Die Bandbreite reicht anfangs von etwas verhaltenen Rückfragen zur Gefahr durch den Wolf bis hin zu „Boah, cool, Wölfe sind meine Lieblingstiere“. Interessanterweise reagieren Kinder häufig viel weniger ängstlich auf den Wolf als Erwachsene. Sie sind neugierig und interessiert, auch sehr begeisterungsfähig, ziehen schnell Vergleiche zum Hund und berichten gerne von eigenen Erfahrungen oder Beobachtungen.

Akzeptanz stärken, den respektvollen Umgang mit dem Wolf lernen: Was bedeutet das konkret?

Das Bild vom zähnefletschenden, bösen Wolf ist immer noch in vielen Köpfen verankert. Uns ist es wichtig, den Wolf als das Wildtier, das er wirklich ist, den Menschen näher zu bringen. Ja, der Wolf ist ein Beutegreifer, und ja, der Wolf kann auch bei fehlendem oder unzureichendem Herdenschutz Nutztiere reißen, aber es ist dennoch möglich, mit ihm in direkter Nachbarschaft zu leben. Es ist keine Frage, ob der Wolf zurückkehren wird, sondern wann – und wie wir damit umgehen.

Sind die Maßnahmen im Wolfsmanagementplan von NRW aus Ihrer Sicht zielführend?

Ich finde es wichtig, dass Nutztierhalter für die Schäden, die ihnen durch Wolfsübergriffe entstehen, entschädigt werden. Mittlerweile wurde ja auch eine Förderrichtlinie in NRW veröffentlicht, die genau beschreibt, was, wann wie und in welcher Höhe entschädigt wird oder wo welche Präventionsmaßnahmen bezuschusst werden. Nutztierhalter sollten sich allerdings auch mit wolfssicherem Herdenschutz auseinandersetzen und nicht alleine auf die Kompensationszahlungen durch das Land bauen. Abgesehen davon, dass sie auch ohne Wolf dazu verpflichtet sind, ihre Nutztiere vor Beutegreifern zu schützen, bedeutet das Aufstellen eines wolfssicheren Zaunes natürlich einen Mehraufwand. Hier müssen noch Lösungen gefunden werden. Dennoch bin ich der Meinung, dass ein Managementplan und eine Förderrichtlinie der richtige Weg sind.

Bernd Pieper

➔ Weitere Informationen unter www.nrw.nabu.de/tiere-und-pflanzen/saeugetiere/wolf/wolfsprojekt sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3686



Foto: Gartenschauplatz Zülpich

Unterricht mal anders: im Grünen Klassenzimmer des Gartenschauarks Zülpich 2015

Ein besonderer Lernort

Das Grüne Klassenzimmer auf der Landesgartenschau 2017

Am 12. April öffnet die Landesgartenschau 2017 in Bad Lippspringe ihre Pforten. Auf insgesamt rund 33 Hektar werden im Kaiser-Karls-Park, im Arminiuspark und im Kurwald viele Tausend Besucherinnen und Besucher inmitten einer waldreichen Parklandschaft leuchtende Blumenmeere und eine Wasser-Erlebniswelt genießen sowie die zahlreichen Angebote nutzen. Eines davon ist das Grüne Klassenzimmer, das wie schon bei der Zülpicher Landesgartenschau 2014 von unserer Stiftung gefördert wird.

Anderswo schmeckt es immer besser – und in ungewohnter Umgebung macht das Lernen mehr Spaß. Dieses Prinzip des „besonderen Lernorts“ steht hinter dem Grünen Klassenzimmer, denn ein Großteil der etwa 700 geplanten Angebote wird in der freien Natur stattfinden. Dabei geht es um Themen wie Wald, Boden, Wasser, Klimawandel, Energie, Pflanzen, Tiere oder Landwirtschaft. Die Kurse richten sich an Schulklassen aller Altersstufen und Schulformen, die ein Thema ihrer Wahl buchen und dafür ihren Klassenraum auf die Landesgartenschau verlegen können. Auch Kindergärten, Jugendgruppen sowie private Interessengruppen können die Angebote des Grünen Klassenzimmers nutzen.

Die Kosten sind überschaubar: Schülerinnen und Schüler zahlen pro Person 2 Euro Eintritt zur Landesgartenschau und zuzüglich

2 Euro für die Teilnahme am Grünen Klassenzimmer. Neben den Kursen stehen Aktionstage rund um die Themen Nachhaltigkeit, Umwelt und Natur auf dem Programm, auch während der Schulferien. Die Aktionstage sind von vornherein auf einen oder mehrere Termine im Sommer festgelegt und nur begrenzt verfügbar. Sie sind ab einer Gruppenstärke von zehn Kindern/Jugendlichen buchbar.

Wie bei den Landesgartenschauen in Rietberg, Hemer und Zülpich wird es hoffentlich auch diesmal gelingen, das Grüne Klassenzimmer in Bad Lippspringe über den Zeitraum der Landesgartenschau hinaus fortzuführen. Das wäre dann in der Tat ein nachhaltiges Projekt.

Verantwortlich für die Konzeption und Durchführung des Grünen Klassenzimmers ist die Landesgartenschau Bad Lippspringe 2017 GmbH in Kooperation mit dem Verein Grünes Klassenzimmer und dem vom NABU Paderborn betriebenen Natur-Infozentrum gießen. Unsere Stiftung fördert das Projekt mit 148.000 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.lgs2017.de/landesgartenschau/besuch/Gruenes-Klassenzimmer (hier können auch Kurse gebucht werden) sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3660

Urban Gardening bei der Landesgartenschau

Urban Gardening hat sich in den letzten Jahren zum Trend entwickelt. Vor allem in Großstädten schließen sich Menschen zusammen und pflanzen Obst, Gemüse und Blumen auf Brachflächen, Grünstreifen oder sogar auf den Dächern von Tiefgaragen. Die Umwelt-Bildungs-Initiative Ostwestfalen-Lippe nutzt die Landesgartenschau in Bad Lippspringe, um mehr Menschen für das gemeinschaftliche Gärtnern zu gewinnen. Im Rahmen eines von unserer Stiftung mit 51.786 Euro geförderten Projekts (www.ubi-owl.de, U-3730) bietet sie an zwei Orten in der Fußgängerzone verschiedene Veranstaltungen und Aktionen zum Thema Urban Gardening an. Neben praktischem Gärtnern stehen Workshops, Lesungen und weitere Veranstaltungen auf dem Programm. Über die Landesgartenschau hinaus möchte die Umweltbildungsinitiative ein Urban-Gardening-Netzwerk in der Region aufbauen.

Klima-Wandelt

Neue Ausstellungstafeln

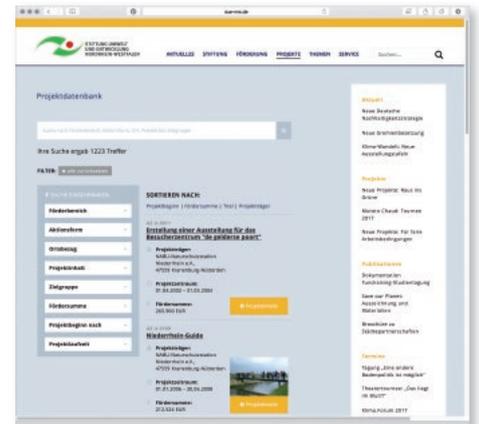
Wir haben unsere Ausstellung Klima-Wandelt um zwei Tafeln erweitert, die neuere Entwicklungen aufgreifen. Die Tafel „Paris 2015 – der Durchbruch?“ skizziert die wichtigsten Ergebnisse der Weltklimakonferenz 2015 und die Schritte, die international folgen müssen, damit die in Paris vereinbarten Ziele erreicht werden können.

Die Tafel „Ein Klimaschutzplan für NRW“ erläutert zentrale Inhalte des Landesklimatechutzplans, der unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet und Ende 2015 verabschiedet wurde. Zielsetzung ist es, die Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen bis 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent – gegenüber 1990 – zu reduzieren.

Klima-Wandelt ist im April 2017 in mehreren Schulen in Siegburg zu sehen, Ende Mai beim Evangelischen Kirchentag in Berlin, im Juni/ Juli in der Volkshochschule Bochum und im September bei der Landesgartenschau in Bad

Lippspringe. Der Verleih der Ausstellung (25 Tafeln) ist kostenlos, der Transport muss von den Ausleihern organisiert und finanziert werden. Wir freuen uns über weitere Interessierte!

➔ Infos zur Ausstellung, der Plakatversion und den Materialien auf unserer Website www.sue-nrw.de unter dem Thema Klima



Informativer und bunter

Neue Projektdatenbank

Informationen zu allen Projekten, die unsere Stiftung bisher gefördert hat bzw. zurzeit fördert, finden Sie in einer Datenbank auf unserer Internetseite. Wir haben die Datenbank kürzlich technisch überarbeitet. Durch verbesserte Suchfunktionen haben Sie nun einen leichteren und differenzierteren Zugang zu Informationen, zum Beispiel über die Rubriken Aktionsform, Projektinhalt, Ortsbezug, Projektname oder Projektträger. Und auch die Optik hat sich geändert, u. a. durch Fotos oder Illustrationen bei vielen neueren Projekten.

Apropos Fotos

Zum Umgang mit Bild- und Nutzungsrechten

Nicht nur in unserer neuen Projektdatenbank, sondern auch allgemein auf unserer Website und in unseren gedruckten Publikationen verwenden wir Ihre Projektfotos. Dabei ist es für uns wichtig, dass es keine Verstöße gegen Bildrechte gibt. Das gleiche gilt für Ihre eigenen Veröffentlichungen. Dazu hier ganz kurz einige wichtige Punkte:

Wenn Sie Fotos mit Menschen aufnehmen und verbreiten, müssen Sie das sogenannte Recht am eigenen Bild der abgebildeten Personen beachten. Das gilt nicht bei Aufnahmen von größeren öffentlichen Versammlungen, bei kleineren Veranstaltungen sollten Sie jedoch das Einverständnis der Teilnehmenden einholen. Bei Fotos von Minderjährigen müssen die Erziehungsberechtigten ihre Erlaubnis zur Veröffentlichung geben, am besten schriftlich und mit Hinweis auf die beabsichtigten Nutzungsarten.

Wenn Sie Fotos von Profis machen lassen oder Fotos von Agenturen nutzen, sollten Sie die Nutzungsrechte schriftlich vereinbaren bzw. die Allgemeinen Geschäftsbedingungen genau lesen: Für welche Medien, welche Auflagenzahl, welchen Zeitraum und ggf. wo (Deutschland, Europa, weltweit) gelten die Rechte? Je nach Bedarf ergeben sich daraus, vor allem bei Agenturen, oft deutlich unterschiedliche Kosten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass ins Internet gestellte PDF-Dateien von Printmedien eine eigene Nutzungsart sind, für die ebenfalls die Nutzungsrechte bestehen müssen.

Und schließlich: Nie den Hinweis auf die Fotoquelle vergessen, auch nicht bei aus dem Internet stammenden Fotos, die kostenlos genutzt werden dürfen. Bei Agenturfotos muss in den meisten Fällen neben der Agentur auch der Name des Fotografen oder der Fotografin genannt werden.

Ausführlichere Hinweise finden Sie auf vielen Internetseiten, häufig auch im Zusammenhang mit medienpädagogischen Inhalten. Zum Beispiel auf der Website Jugendnetz-Berlin der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin (<http://tiny.cc/ssfmjy>) oder der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung e.V. (www.umweltbildung.de/transformation-fotowettbewerb.html), dort finden Sie auch Musterformulare zur Einräumung von Bildrechten und zum Recht am eigenen Bild.

Stolze Bilanz

50 Jahre Terre des Hommes Deutschland

7.000 Projekte für 15 Millionen Kinder weltweit – eine stolze Bilanz, auf die terre des hommes anlässlich des 50. Geburtstags zurückblicken kann. Aber natürlich kein Grund für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kinderhilfswerks, sich zufrieden zurückzulehnen: Immer noch werden überall auf der Welt Kinder versklavt, missbraucht und ausgebeutet, müssen vor Krieg und Gewalt fliehen und sich als Waisen durchschlagen – eine „terre des hommes“, eine Erde der Menschlichkeit, ist nicht in Sichtweite.

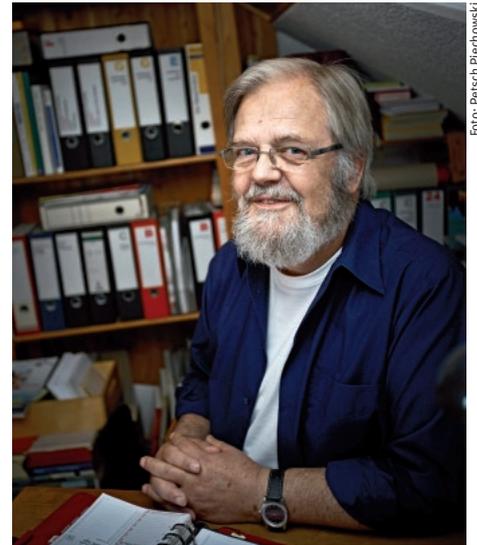
Und dennoch: Seit am 8. Januar 1967 eine Gruppe von 40 engagierten Frauen und Männern auf Initiative des Schriftsetzers Lutz Beisel terre des hommes Deutschland gründete, um kriegsverletzten Kindern aus Vietnam zu helfen, ist viel passiert: In 47 Ländern hat sich die Organisation dafür eingesetzt, extreme Not zu lindern und für junge Menschen bessere Perspektiven zu ermöglichen. Kinder wurden vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch geschützt und bekamen Bildungsangebote, die Horizonte erweitern und Existenzgrundlagen schaffen. „Dafür standen uns dank der tatkräftigen Unterstützung unserer Spender und Geldgeber 543 Millionen Euro zur Verfügung“, sagte terre-des-hommes-Vorstandssprecher Jörg Angerstein anlässlich des Jubiläums.

terre des hommes schickt keine Helferinnen und Helfer aus Deutschland, sondern unterstützt einheimische Initiativen mit Finanz-

mitteln und durch Beratung. Die Projektpartner vor Ort organisieren Selbsthilfeprojekte und betreuen Kinder in sicheren Schutzzentren. In Deutschland engagieren sich rund 1.300 Freiwillige in 120 Städten ehrenamtlich für die Ziele von terre des hommes. Prominente Botschafter sind Barbara Schöneberger und Oliver Welke. Seit 1969 hat terre des hommes seinen Sitz in Osnabrück.

Von den erfolgreichen und bis heute wirksamen Projekten können hier nur einige aufgezählt werden. Schon wenige Wochen nach der Gründung holte terre des hommes Deutschland gemeinsam mit der Schweizer Schwesterorganisation junge Kriegsoffer aus Vietnam und kümmerte sich um die medizinische Versorgung in deutschen Krankenhäusern. 1973 startete mit einer modellhaften interkulturellen Kindertagesstätte das erste Projekt in Deutschland. 1980 beschloss die Organisation, sich künftig verstärkt mit Kampagnen und Lobbyarbeit gegen die strukturellen Ursachen von Not und Unterdrückung zu engagieren.

Und das durchaus mit Erfolg: Aus der 1990 gestarteten Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie ging fünf Jahre später das Rugmark-Siegel für Teppiche hervor, die nicht von Kinderhand geknüpft wurden. 1992 begann terre des hommes damit, Kinderprostitution und sexuelle Ausbeutung anzuprangern, eine besonders perfide Form der Gewalt gegen Kinder, an der auch deutsche Sextouristen ihren



Lutz Beisel, Gründer von terre des hommes

Foto: Patsch Pichowski

traurigen Anteil haben. Seit 2004 macht die Rote-Hand-Aktion jedes Jahr am 12. Februar auf den Missbrauch von Kindern als Soldaten aufmerksam, und 2015 hat terre des hommes damit begonnen, die Hilfe für geflüchtete Kinder und ihre Familien auszubauen.

Zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2016 hat terre des hommes darauf hingewiesen, dass in vielen Krisenregionen schlimmste Kinderrechtsverletzungen in den letzten Jahren dramatisch zugenommen haben. Besonders katastrophal ist die Situation derzeit in Afghanistan, Syrien, dem Irak, Jemen, Somalia und Südsudan. Vorstandssprecher Jörg Angerstein verweist in diesem Zusammenhang auf ein politisches Problem der Weltgemeinschaft: „Einflussreiche UN-Mitgliedstaaten schweigen oft zu massivsten Kinderrechtsverletzungen, wenn der verantwortliche Staat ein Partnerland ist.“

Im Zentrum des Jubiläumsjahrs 2017 steht die bundesweite Spendenaktion „Wie weit würdest Du gehen?!“. Jede und jeder kann sich mit einer eigenen Aktion beteiligen und dabei Spenden sammeln, mit deren Hilfe terre des hommes insbesondere sein Engagement für Flüchtlingskinder in Nahost, entlang der Fluchtrouten nach Europa und in Deutschland intensivieren möchte. Ebenfalls geplant sind weitere Schul- und Ausbildungsprojekte und Programme zur Frühförderung von Kindern im südlichen Afrika und der Sahel-Zone sowie der Ausbau von Programmen, mit denen Kinder vor ausbeuterischer Arbeit und den Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel geschützt werden.

➔ Weitere Informationen unter www.tdh.de und www.wie-weit-wuerdest-du-gehen.de

Foto: Christian Jungblodt



Terre des Hommes-Botschafterin Barbara Schöneberger vor einem Jubiläumssplakat

Umgeblättert

Interessantes aus umwelt- und entwicklungspolitischen Zeitschriften



Für die Vielfalt

Krieg, Flucht und das Erstarren populistischer und nationalistischer Tendenzen haben Themen wie den Klimawandel und den anhaltenden Verlust der biologischen Vielfalt in den Hintergrund unserer Aufmerksamkeit rücken lassen. Die aktuelle Ausgabe des Magazins **böll.THEMA** hält dagegen und beschäftigt sich auf rund 50 Seiten ausführlich mit den Gefahren, die der Biodiversität weltweit zusetzen – und mit den Möglichkeiten, sie zu schützen und so ermutigende Zeichen zu setzen.

Die rundum überzeugenden und gut lesbaren Beiträge nähern sich dem Thema von unterschiedlichen Seiten. Grundsätzliche Fragen – etwa nach der Wirksamkeit der UN-Konvention über Biodiversität oder den Rechten indigener Völker an den natürlichen Ressourcen – finden in dem Heft ebenso Platz wie Berichte über Pflanzen, die sich in den Städten erfolgreich Nischen suchen, oder Betrachtungen über die Probleme bei der Rückkehr der Wölfe nach Deutschland.

Böll.THEMA, das politisch-kulturelle Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung, erscheint dreimal im Jahr zu einem aktuellen Themenschwerpunkt.

→ Das Heft gibt es kostenlos als Printausgabe (auf Bestellung) oder als pdf unter www.boell.de/thema



Der wahre Reichtum

Auch die März-Ausgabe der Zeitschrift **Natur** beschreibt die Artenvielfalt als „wahren Reichtum“ und die „Basis für ein gutes Leben“. Im Überblicksbeitrag wirft Monika Offenberger einen Blick in die „Schatztruhe der Natur“, stellt Arten und ihre Lebensräume vor und erinnert uns daran, wie wenig wir immer noch über das Leben auf unserem Planeten wissen, während unzählige Arten bereits ausgestorben sind, gerade aussterben oder bald aussterben werden. Beinahe nostalgische Gefühle kommen auf beim Bericht über die Naturkundemuseen, die in früheren Jahren gerade bei jüngeren Besuchern die Faszination für Tiere und Pflanzen weckten – und die nach einem Dornröschenschlaf derzeit versuchen, sich neu zu erfinden. Und ein Porträt des Grönlandhais zeigt, dass die extrem langsam schwimmenden und bis zu 400 Jahre alten Fische, deren Leber den Menschen einst Öl für Lampen und Maschinen lieferte, durchaus erfolgreiche Jäger sind.

Natur wird monatlich von der Konradin-Mediengruppe herausgegeben. Reportagen über die Schönheiten der Natur haben ebenso Platz in dem Heft wie Analysen über wirtschaftliche oder politische Einflüsse oder Porträts von Menschen und Initiativen, die sich dem Erhalt der biologischen Vielfalt widmen.

→ Weitere Informationen unter www.natur.de



Weltweites Problem Populismus

Mit Formen und Gefahren populistischer Politik beschäftigt sich die Februar-Ausgabe der **E+Z** (Entwicklung und Zusammenarbeit). Die Artikel behandeln u. a. die Auswirkungen von Trumps Präsidentschaft auf das Verhältnis zwischen den USA und Mexiko, die Situation in China, auf den Philippinen, in afrikanischen Staaten und den Aufstieg der Rechtspopulisten in Europa. Ein weiterer Beitrag beschäftigt sich mit dem Druck, durch den die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in vielen Ländern immer stärker eingengt wird.

Die E+Z wird von Engagement Global herausgegeben und erscheint monatlich zum kostenlosen Download im Internet.

→ Weitere Informationen unter www.dandc.eu/de

Auch die **iz3w** (Informationszentrum 3. Welt) widmet sich in ihrer März/April-Ausgabe ausführlich dem Rechtspopulismus und bezeichnet ihn als „Rebellion der autoritären Charaktere“. Sie schildert die Lage in Russland, Lateinamerika, Thailand, den Philippinen und der Türkei. Weitere Artikel beschäftigen sich mit dem Zusammenhang von Antifeminismus und Rechtspopulismus, mit der Bedeutung von Verschwörungstheorien und mit der Gefahr eines neuen Faschismus.

Die iz3w ist eine der ältesten Zeitschriften zu Nord-Süd-Themen im deutschsprachigen Raum. Sie wurde 1970 in Freiburg gegründet und erscheint alle zwei Monate, Herausgeber ist der Verein Aktion Dritte Welt.

→ Weitere Informationen unter www.iz3w.org

... der Jecken Fairsuchung?

Im rheinischen Karneval wird die Vernunft für ein paar Tage ausgehebelt. Das muss auch so sein – abwägen, nachdenken und rationale Entscheidungen fällen soll man schließlich schon den ganzen Rest des Jahres. Eine ausgesprochen vernünftige Idee für die 5. Jahreszeit hatte allerdings der Agenda-21-Themenkreis „Köln in globaler Partnerschaft“, als er zu Beginn dieses Jahrtausends damit begann, bei den Kölner Karnevalsvereinen für den Einsatz von fair gehandelten und biologisch produzierten Kamelle zu werben.

In der Session 2002 ging es los, zunächst mit überschaubarem Erfolg. Unter den hundert Tonnen Wurfmaterial der Kölner Karnevalszüge fanden sich erst wenige Zentner fair gehandelter Süßigkeiten. Immerhin hatte das Kölner Dreikönigs-Gymnasium zehn Prozent seines Kontingentes auf faires Material umgestellt, und im Südstadtzug brachte der Verein Südstadtkinder 2.000 Schokotäfelchen aus fair gehandelten Rohstoffen unters närrische Volk. Auch einige Nachbarstädte machten mit – beim Kappessonntagszug in Neuss warfen Bürgermeister und Prinz faire Kamelle, und die Stadtwerke Düsseldorf bestückten als erstes großes Unternehmen der Region ihren Rosenmontagswagen mit 7.500 fairen Sesamschnitten.

Ein Anfang war also gemacht, und was für einer: Bei der Pressekonferenz der fairen Aktivisten für die kommende Session drängelten sich am 18. November 2002 in Köln knapp 100 Teilnehmer. 2003 zeichnete die Landesregierung NRW das Projekt als ein „Best Practice-Beispiel“ mit Vorbildcharakter für praktizierte Nachhaltigkeit im Lande aus. Damals begannen auch die beiden Schauspieler und Kölner Tatort-Kommissare Klaus J. Behrendt und Dietmar Bär mit ihrer Unterstützung für einen fairen Karneval, die bis heute anhält. Und in der Session 2003/2004 wurde das Engagement der nachhaltigen Kölner Jecken erstmals von unserer Stiftung gefördert.

Die Kampagne erfuhr in den folgenden Jahren weiteren Zuspruch, unter anderem durch die Brühler Dreigestirne, die Beueler Wiever, die Karnevalsjugend Dortmund sowie zahlreiche weitere Karnevalsvereine. Im Juni 2006 gründeten schließlich Karnevalisten aus Brühl, Wuppertal, Köln und Dortmund den Verein



Faire Kamelle beim Düsseldorfer Zug 2007

„Jecke Fairsuchung“ – stilecht mit einer heiteren Talkrunde in der Kölner Severinstorburg. Roland Mohlberg, der noch heute für den Verein spricht, wurde damals in das dreiköpfige Vorstandsteam gewählt.

Mohlbergs Bilanz fällt vorsichtig positiv aus: „Wir setzen rund 150.000 fair gehandelte Produkte mit einem Gesamtgewicht von bis zu 1,5 Tonnen pro Session ab, mit leicht steigender Tendenz.“ Das Ziel eines Anteils von zehn Prozent am gesamten Wurfmaterial sei allerdings noch nicht erreicht worden. Der Verein beteiligt sich regelmäßig an verschiedenen Netzwerktreffen zum Thema Nachhaltigkeit, etwa bei der Steuerungsgruppe Fairtradetown Köln oder beim Projekt Fairtrade Schools. Darüber hinaus hat „Jecke Fairsuchung“ mit „Faire Kamelle als Botschafter für den fairen Handel“ und „Aktiv für Faire Kamelle“ zwei Bildungsprojekte aufgelegt, die ebenfalls von unserer Stiftung gefördert wurden.

Seit 2004 wird ein besonders vorbildliches Engagement aktiver Karnevalistinnen

und Karnevalisten für den Fairen Handel in der jeweils vorangegangenen Session mit der Auszeichnung „Faire Jecken“ gewürdigt. Aktueller Preisträger ist die hessische Universitätsstadt Gießen, die sich seit 2011 als offizielle Fairtrade-Stadt bezeichnen darf. Seither engagieren sich die Verantwortlichen der Stadt für die öffentlichkeitswirksame Verbreitung der Idee des Fairen Handels im Karneval, indem sie beim Gießener Fassnachtzug zu 100 Prozent fair gehandelte Kamelle und Blumen werfen. Und wer beim Aufreißen der vom Wagen geworfenen Tütchen mit dem Aufdruck „Faire Kamelle“ einen Blick auf die Rückseite wirft, findet dort Informationen über den Fairen Handel.

Unsere Stiftung hat zwei Projekte der Jecken Fairsuchung mit insgesamt rund 115.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter www.jeckefairsuchung.net sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4066 und E-4746

Neu geförderte Projekte

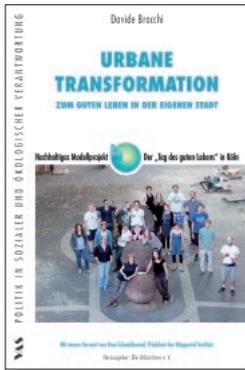
16. November 2016 bis 15. Februar 2017

Fördervolumen: 1.211.900 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, I = Interkultur, O = Organisationsentwicklung, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Die Asyl-Monologe und die Asyl-Dialoge Bühne für Menschenrechte e. V. Koordination einer Theatertournee und Unterstützung der lokalen Veranstalter in NRW.	1.3.2017–31.12.2017 E-4894 7.000 €	Weiterentwicklung Klima- und Rohstoffexpedition Germanwatch e. V. Anpassung der Bildungsprojekte Klima- und Rohstoffexpedition für benachteiligte Jugendliche.	9.12.2016–31.12.2016 U-3720 5.000 €
Globales Lernen in der Schule Welthaus Bielefeld e. V. Beratung und Angebote für Schulen, u. a. zu den Themen Inklusion und Flucht; Veranstaltung zur Zusammenarbeit von NRO und Schulen.	1.11.2016–31.8.2017 E-4949 23.080 €	Unterrichtsreihen zum nachhaltigen Pflanzenbau Förderverein Stallgespräch Alter e. V. Theoretische Lerneinheiten und praktische Arbeitseinsätze zu Getreide und Kartoffeln.	15.2.2017–15.12.2017 U-3729 4.860 €
Fluchtursachen, Frieden und Entwicklung Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum Fachtagung, Workshop und Veranstaltungsreihe, die sich u. a. an Geflüchtete, Exil- und Migrantengruppen richtet.	1.3.2017–31.12.2017 E-4960 23.580 €	Urban Gardening bei der Landesgartenschau 2017 Umwelt-Bildungs-Initiative OWL e. V. Veranstaltungen und weitere Angebote zum Urban Gardening für Besucher der Landesgartenschau, Schulen, Kindergärten und die einheimische Bevölkerung. Aufbau eines Netzwerks.	1.2.2017–30.11.2017 U-3730 51.786 €
Ergründen – Natur, Umwelt und globale Folgen Waldritter-NRW e. V. Natur- und Umweltangebote für im Ruhrgebiet lebende Geflüchtete; Entwicklung einer Theateraufführung.	1.3.2017–1.3.2018 I-6145 39.029 €	Rohstoffe auf Kosten von Mensch und Umwelt Christliche Initiative Romero e. V. Kampagne zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards bei Agrarprodukten und metallischen Rohstoffen, mit Veranstaltungen, Aktionen, Beratung, Materialien.	1.1.2017–31.12.2018 Z-5351 149.471 €
Optimierung der Arbeitsorganisation Kinder in Rio e. V. Organisationsentwicklung, unterstützt durch professionelle Beratung, u. a. zu Fundraising.	16.1.2017–16.7.2017 O-2336 5.000 €	Köln: global – nachhaltig Allerweltschau Köln e. V. Aufbau und Aktivitäten eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses, das sich für die Entwicklung und Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie im Rahmen der Agenda 2030 in Köln einsetzt.	1.1.2017–31.12.2018 Z-5356 76.447 €
lernen & erleben: Moorgarten NABU Kreisverband Minden-Lübbecke e. V. Einrichtung eines Moorgartens am NABU-Besucherzentrum im Großen Torfmoor; Entwicklung von Bildungsangeboten; Multiplikatorenschulung.	1.2.2017–31.12.2018 U-3653 67.120 €	Gemeinsam für Nachhaltigkeit in NRW Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. Landesweite Kampagne – Veranstaltungen, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung –, um die Umsetzung der Agenda 2030 und der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie voranzutreiben.	1.1.2017–31.12.2018 Z-5359 196.184 €
Raus aus'm Haus. Grüne Spielstadt in Bonn Wissenschaftsladen Bonn e. V. Angebote zur Nutzung einer Naturerlebnisfläche durch Schulen, Kindergärten und Anwohner; Studie zu Umweltbildungseinrichtungen und Naturerlebnisflächen in NRW.	1.1.2017–31.12.2018 U-3698 144.700 €	Green City Guide Köln Reflecta e. V. Erstellung eines Stadtführers mit umwelt- und sozialverträglichen Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants, Geschäften, Ausflugszielen; Tipps und Beispiele zu nachhaltigem Handeln.	15.9.2016–28.2.2017 Z-5363 5.350 €
Mauerseglerschutz in Köln NABU Stadtverband Köln e. V. Bildungs- und Beratungsarbeit für Hausbesitzer, Architekten und andere Unternehmen im Bau- und Wohnungsbereich; Multiplikatorenschulung.	1.1.2017–31.12.2018 U-3699 56.229 €	Einkommenssteigerung von Kakaobäuerinnen und -bauern Südwind e.V. Institut für Ökonomie und Ökumene Studie, Fachtagung, Messebesuche, Unternehmensgespräche und Bildungsveranstaltungen zur Preisgestaltung im Kakaosektor am Beispiel von Ghana und der Côte d'Ivoire.	1.1.2017–31.12.2017 Z-5371 20.000 €
Vermeidung von Vogelschlag an Glasfassaden BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Beratung von Behörden und Architekturstudiengängen zum vogelfreundlichen Bauen; Lobbyarbeit, Aktionen, Veranstaltungen; Erstellung von Publikationen und einem Film.	1.12.2016–30.11.2018 U-3700 105.263 €	Renaturierung von Bergbaugebieten SenGermany e. V. Veranstaltungen zur Lage in Bergbaugebieten im Senegal und zur Renaturierung solcher Gebiete in NRW.	1.11.2016–20.12.2016 Z-5372 5.000 €
Bürgerwind in der EEG-Transformationsphase World Wind Energy Association Langzeitstudie, Publikationen und Veranstaltungen zu Bürgerwindprojekten unter den ab 2017 geltenden Rahmenbedingungen bei Ausschreibung und Förderung.	1.1.2017–30.6.2019 U-3710 139.727 €	Bildungsprojekt „Ich mache deine Kleidung!“ Femnet e. V. Überarbeitung einer Wanderausstellung zu den Arbeitsbedingungen in der globalen Textilproduktion; Veranstaltungen, Entwicklung von Materialien; Erstellung eines Films.	1.2.2017–31.1.2019 Z-5375 33.693 €
Baumbeschilderung Kreisimkerverein Recklinghausen e. V. Informationstafeln an Eichen- und Esskastanienbäumen am Klaukenhof in Datteln.	15.1.2017–15.2.2017 U-3714 289 €	OpenSOA? Mehr Partizipation und Transparenz Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e. V. Veranstaltungen und Broschüre zu Möglichkeiten und Grenzen von offenen Daten („Open Data“) und Sozialen Medien bei der Menschenrechtsarbeit.	1.2.2017–30.9.2017 Z-5376 9.801 €
Erntest du noch oder säst Du schon? Unabhängiges Kulturzentrum Lichtburg e. V. Veranstaltung zu Gemeinwohlökonomie und nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen.	1.3.2017–15.7.2017 U-3716 5.000 €	Fotoausstellung „Grenzen des Wachstums“ Depot e. V. Ausstellung zu verschiedenen Aspekten von „Grenzen des Wachstums“ im Rahmen des Dortmunder Fotofestivals „f2“.	1.3.2017–31.8.2017 Z-5380 5.000 €
RADKOMM – Kölner Forum Radverkehr 2017 RADKOMM e. V. Kongress zu fahrrad- und umweltfreundlicher Mobilität; Schwerpunkte sind die Probleme Luftverschmutzung und Feinstaubbelastung.	1.2.2017–31.10.2017 U-3719 33.291 €		



Buch Gutes Leben in der Stadt

Seit 2013 findet in Köln jährlich der „Tag des guten Lebens“ statt. Dann verwandelt sich ein Stadtteil in einen autofreien Raum, der von Organisationen und Nachbarschaften gemeinsam gestaltet wird. Die von unserer Stiftung geförderten Aktivitäten zogen bisher, je nach Stadtteil, zwischen 60.000 und 100.000 Menschen an.

Die Erfahrungen mit dem „Tag des guten Lebens“ und die Potenziale einer Stadtentwicklung „von unten“ analysiert ein Buch, das der Verein Die Urbanisten herausgegeben hat: „Urbane Transformation. Zum guten Leben in der eigenen Stadt“. Der Autor, Davide Brocchi, präsentiert Konzepte und konkrete Strategien für einen nachhaltigen Städtewandel. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Vertrauen und Kooperation in der Nachbarschaft gefördert und Schritte hin zu einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung eingeleitet werden können.

Das von unserer Stiftung geförderte Buch ist im Verlag für Akademische Schriften (VAS) erschienen und kostet 14 Euro.

Studie Verändert der Faire Handel die Gesellschaft?

Das Saarbrückener Center for Evaluation (CE-VAL) hat wissenschaftlich analysiert, ob und in welchem Maße der Faire Handel in den letzten 15 Jahren die deutsche Gesellschaft beeinflusst hat. Die Studie entstand im Auftrag von Fairtrade Deutschland, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Misereor und Forum Fairer Handel.

Die Ergebnisse zeigen: Bei Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und privatem Konsum gibt es einen Trend zu verändertem Bewusstsein und Verhalten. Der Faire Handel hat mit



Bericht Bundesländer und 2030-Agenda

„Ländersache Nachhaltigkeit“ ist der Titel einer neuen Broschüre des Global Policy Forum. Wegen ihrer Zuständigkeit für wichtige Politikfelder spielen die Bundesländer bei der Umsetzung der 2030-Agenda eine zentrale Rolle. Die Publikation gibt eine Übersicht über die Strategien und Strukturen, die die Bundesländer unter den Stichworten „Nachhaltigkeit“ und „Entwicklungszusammenarbeit“ bislang entwickelt haben. Dabei geht es nicht um eine vollständige Aufzählung, sondern um zentrale Beispiele, aus denen sich unterschiedliche Ansätze, aber auch gemeinsame Trends ablesen lassen. Die Broschüre dient dem Einstieg in die Debatte, ob die Länder mit ihren bisherigen Maßnahmen auf dem richtigen Weg sind, und wo weiterer Handlungsbedarf besteht.

Eine Zusammenfassung der 48-seitigen Broschüre bietet ein Briefing-Papier „SDGs für die Bundesländer“. Beide Publikationen entstanden im Rahmen des von unserer Stiftung geförderten Projekts 2030.de.

Download unter www.2030agenda.de

intensiver Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit dazu beigetragen. Die wohl sichtbarste Veränderung ist die deutlich vergrößerte Palette und Verfügbarkeit fair gehandelter Produkte. Andererseits ist man von flächendeckend fairen Handels- und Konsumpraktiken noch weit entfernt. Und trotz wachsender Unterstützung durch die Politik hat es im Untersuchungszeitraum keine substantiellen Veränderungen der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen gegeben.

Download der Studie unter <http://tinyurl.com/za8tehn>

Workshops der Stiftung 2017 Von Antrag bis Abrechnung

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen beantworten wir Ihnen in unseren Workshops.

2017 gibt es noch drei Termine:

16. Mai, 12. September, 5. Dezember

Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung in Bonn statt und dauern von 10 bis 17 Uhr.

Bitte senden Sie Ihre Anmeldung mit den kompletten Kontaktdaten Ihrer Organisation per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an marion.ostermann@sue-nrw.de. Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

Impressum

Ausgabe März 2017 | ISSN 2196-9507



Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Christiane Overkamp
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn
Titel: Nach einer Idee von urgewald e. V. unter Verwendung einer Abbildung von Denis Magilov/Fotolia



Mit der Ausgleichszahlung für die CO₂-Emission wird ein Energieeffizienz-Projekt in Nordrhein-Westfalen unterstützt.
Gedruckt auf Inapa Oxygen silk, aus 100% Altpapier

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im Juni 2017.
Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de